

FDP
Die Liberalen



SCHWEIZER FREISINN

Aus den Kantonen Radigal	2/3 5	Wahlkampfbericht USA USR III	7 12	François Loeb Altersvorsorge 2020	15 16/17	Seite der Präsidentin Unter Freisinnigen	19 22
--------------------------	----------	---------------------------------	---------	--------------------------------------	-------------	---	----------

38. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen

Inhalt

Ausnahme Arbeitszeiterfassung

Die Pflicht zur Arbeitszeiterfassung wurde zum Schutz der Arbeiterinnen und Arbeiter im letzten Jahrhundert gesetzlich verankert. Heute entfaltet sie für Unternehmen aber auch eine hemmende Wirkung. Auch wenn die Bestimmungen teilweise der heutigen Arbeitswelt angepasst wurden, fordern Ständerätin Karin Keller-Sutter und Nationalrat Marcel Dobler weiterführende Änderungen.

Seite 11

Inländervorrang

Der Entscheid des Nationalrates zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative hat hohe Wellen geschlagen. Nationalrat Kurt Fluri zeigt Ihnen auf, dass der Inländervorrang der richtige Weg ist, um die Zuwanderung eigenhändig zu steuern und die bilateralen Verträge zu sichern.

Seite 18

Hochpreisinsel und Hochlohnland Schweiz

Wir zahlen für Produkte in der Schweiz im Vergleich zu unserem benachbarten Ausland oft ein Mehrfaches. Entsprechend sind unsere Löhne um einiges höher. Um die hohen Preise effektiv zu senken, müssen wir vor allem den Abbau technischer Handelshemmnisse vorantreiben, ist Ständerat Ruedi Noser überzeugt.

Seite 21

Atomausstiegsinitiative

Die Volksinitiative «für einen geordneten Ausstieg aus der Atomenergie» (Atomausstiegsinitiative) der Grünen wurde als Reaktion auf die Nuklearkatastrophe von Fukushima eingereicht und fordert eine Beschränkung der Laufzeit für Atomkraftwerke (AKW) auf maximal 45 Jahre. Ginge es aber nach den Initianten, würde der Ausstieg alles andere als geordnet ablaufen und unsere Energieversorgung komplett auf den Kopf stellen.

Bei einer Annahme durch Volk und Stände müssten die Kraftwerke Beznau I und II und Mühleberg bereits 2017 vom Netz genommen werden. Das KKW Gösgen würde im Jahr 2024 und Leibstadt im Jahr 2029 abgeschaltet.

Wie die Schweiz jedoch bereits im Winter 2017 15 Prozent und ab 2029 rund 40 Prozent der dadurch wegfallenden Stromproduktion kompensieren soll, wird von den Initianten nicht erläutert. Nur der importierte und umweltschädliche Kohlestrom könnte die Lücke füllen, zumal alternative Stromproduktionsformen die wegfallende Energieproduktion niemals kompensieren könnten. Letztlich würde dies dem Ziel der Initianten, einer umweltfreundlicheren Energieversorgung, widersprechen. Mit der vom Parlament erarbeiteten Energiestrategie 2050 wird ein besserer Weg aufgezeigt. Damit werden ebenfalls keine neuen Kernkraftwerke gebaut, aber

Abstimmung vom 27. November 2016

Nein zu
Kurzschlusshandlungen
beim Atomausstieg

Nein zur extremen
Ausstiegsinitiative

- **Nein** zur chaotischen Sofortabschaltung
- **Nein** zu weniger Versorgungssicherheit
- **Nein** zu mehr Kohlestrom und Auslandsabhängigkeit
- **Nein** zu Kosten in Milliardenhöhe

www.ausstiegsinitiative-nein.ch

die bestehenden so lange weiterbetrieben, wie ihre Sicherheit gewährleistet ist. Aus all diesen Gründen gilt es, die

Atomausstiegsinitiative am 27. November 2016 abzulehnen.

Seiten 13 und 14

Wahlkampf der Basler FDP

Mit Herzblut für ein freisinniges Basel

Die FDP Basel-Stadt, unsere Basis und die Kandidatinnen und Kandidaten haben grosses Engagement gezeigt. Obwohl die Resultate vom 23. Oktober nicht zufriedenstellend sind, werden wir uns im zweiten Wahlgang mit ganzer Kraft einsetzen. Und anschliessend die Ärmel hochkrepeln und hart dafür arbeiten, dass die Basler FDP in drei und vier Jahren wieder siegen wird.

Luca Urgese,
Präsident FDP Basel-Stadt

Nach intensiven Wahlkampf-Wochen hat Basel-Stadt am 23. Oktober 2016 gewählt. Die ideologisch autofeindliche Verkehrspolitik und bis ins letzte Detail des Alltags dringende Bürokratie haben als Themen den politischen Diskurs geprägt. Wir haben in diesem Wahlkampf die Finger genau auf die wunden Punkte gelegt und ein umfassendes Wahlprogramm zu den Themen Bürokratie und Verkehr, aber auch zu den städtischen Schlüsselfragen Wohnen und Bildung einen ausführlichen Forderungskatalog vorgelegt.

Aber Papier ist geduldig. Deshalb suchten wir Wege, um unsere Botschaften auf die Strasse zu bringen. Konventionelle in Form von Informationsveranstaltungen und Standaktionen, aber auch unkonventionelle, wie den 1. Basler Bürokratie-Lauf: Über 30 sportlich-freisinnige Wahlkämpfer besuchten in einem Postenlauf Schau-



Der Bürokratielauf konnte viele Wahlkämpfer zur Teilnahme motivieren.

plätze der Bürokratie, Betroffene schilderten in kurzen Reden ihre Begegnungen mit dem Amtsschimmel. Und weil heutzutage nicht existiert,

was nicht online ist, finden sich unter #mehrBS Bilder und Videos dieser Aktion. Wir haben alles darangesetzt, um die bürgerliche Wende einzuleiten.

Zweiter Wahlgang steht an

Das Resultat vom 23. Oktober ist nach alledem eine Enttäuschung. Aber noch ist der Wahlkampf nicht vorbei! Unser Regierungsrat Baschi Dürr tritt für den zweiten Wahlgang an, und wir werden bis zum 27. November alles geben, damit er zusammen mit Lorenz Nägelin die bürgerliche Mehrheit in der Basler Regierung doch noch erlangen kann.

Danach werden wir den Blick in die Zukunft richten. Unsere Fraktion hatte vor zwei Jahren einen grösseren personellen Umbruch zu verzeichnen. Wir werden in den kommenden Wochen und Monaten zusammen mit unserer Basis unser freisinniges Profil schärfen und unsere guten Köpfe aufbauen. Wir werden die Ärmel hochkrepeln, hart arbeiten und alles dafür geben, dass die Basler FDP in drei und vier Jahren wieder auf die Siegerstrasse zurückkehrt.



Gemeinsam für die FDP: Kandidaten aus dem Wahlkreis Riehen.



Die FDP Frauen Basel haben im Wahlkampf alles gegeben.

Wechsel an der Parteispitze der FDP Obwalden

Hans-Melk Reinhard ist neuer Präsident

Der neue Präsident der FDP Obwalden für die nächsten zwei Jahre ist gewählt. Mit einer liberalen und bürgerlichen Linie verfolgt Hans-Melk Reinhard eine klare Strategie. Die Politik soll sich an all diejenigen Bevölkerungsgruppen richten, welche zum Wohlergehen beitragen und unter anderem der Förderung von Industrie und Gewerbe dienen.

Jonas Reif,
Geschäftsführer FDP Obwalden

Seit dem Parteitag der FDP Obwalden vom 25. September steht der Nachfolger von Boris Camenzind fest. Einstimmig wurde der 45-jährige Sachler Unternehmer Hans-Melk Reinhard für die Amtsdauer von vier Jahren in die Geschäftsleitung und für zwei Jahre zum Kantonalpräsidenten gewählt.

Reinhard tritt die Nachfolge des 53-jährigen Boris Camenzind an, welcher die FDP Obwalden seit 2009 geführt hat. Ebenso in der Geschäftsleitung wurden alt Regierungsrätin Es-

ther Gasser sowie Ruth Infanger durch Jost Ettlin und André Windlin ersetzt.

Der neue Präsident Hans-Melk Reinhard vertritt eine klare liberale Politik. Unter einer bürgerlichen Politik versteht er die Förderung von Gewerbe und Industrie – somit die Schaffung von Arbeitsplätzen. «Unsere Politik richtet sich nach jenen Bevölkerungsgruppen, welche sich mit unserem Kanton identifizieren und zu dessen Wohlergehen beitragen.» Dazu gehörten «Jugendliche mit Zielen im Beruf, in der Ausbildung und bei Sport und Kultur». Ferner Berufstätige, die «täglich einen Mehrwert erarbeiten, Bürger, die sich fürs Ge-

meinleben in der Familie und in Vereinen einsetzen, sowie Unternehmer und Pensionäre».

Würdigung des zurückgetretenen Kantonalpräsidenten

Boris Camenzind hat durch seine klare Haltung stets eine klare liberale Politik vertreten und wurde von seinen Kollegen vor allem für seine offene Art gegenüber anderen Meinungen und Themen geschätzt.

Zwei FDP-Sitze im Regierungsrat

«Mit zwei FDP-Vertretern im fünfköpfigen Regierungsrat sind wir heute in einer komfortablen Situation»,



Hans-Melk Reinhard

meint der abgetretene Präsident Camenzind. Er bedauert aber, dass der Ständeratssitz für die FDP Obwalden verloren ging.

Kantonale Wahlen in Freiburg

Aus Liebe zu Freiburg

FDP. Die Liberalen Freiburg ist mit ihren 118 Kandidatinnen und Kandidaten, ihrem ambitionierten und realistischen Programm, ihren Werten Freiheit, Gemeinsinn, Fortschritt und Verantwortung und ihrem Slogan «Gemeinsam Lösungen schaffen» zukunftsorientiert. Für das Wohl der Freiburger Bürgerinnen und Bürger.

Didier Castella,
Präsident FDP Freiburg

Die FDP Freiburg versteht sich als bürgernahe Partei, welche Bürger vereint und sich mit ihren Werten ganz klar von anderen Parteien unterscheidet. Wir suchen lieber nach Lösungen, anstatt Spaltungen zu bewirtschaften. Auch wenn dies nicht der medienwirksamste Weg ist, bringt er unsere Institutionen und Gesellschaft vorwärts und garantiert unseren Wohlstand.

Die FDP Freiburg wird sich weiterhin für ihre Rezepte und Werte engagieren, die zum Erfolg der Schweiz beitragen. Dieser Erfolg garantiert die hohe Lebensqualität der Freibur-

gerinnen und Freiburger und der Schweizerinnen und Schweizer: Dank ihm haben wir eine starke Wirtschaft, moderne Infrastrukturen, sicher finanzierte Sozialwerke und ein leistungsfähiges Ausbildungssystem.

Wir wollen, dass die Ärmsten über ein soziales Sicherheitsnetz verfügen. Den linken Umverteilungswahn, der die Kaufkraft und die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger gefährdet, lehnen wir aber klar ab. Wir sind uns bewusst, dass der Wohlstand in Zukunft ohne die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn und ohne den nationalen Zusammenhalt nicht möglich ist. Wir bevorzugen Lösungen statt Sackgassen. Im heutigen Umfeld,

wo Zweifel und Unsicherheiten das Vertrauen unserer Investoren und die Stabilität der Schweiz gefährden, ist die FDP Freiburg eine starke und konstruktive Kraft, welche die Bürger vereint.

Diese pragmatische und zukunftsorientierte Politik hat die FDP Freiburg bei den eidgenössischen Wahlen 2015 und bei den Gemeindewahlen 2016 zum Erfolg geführt. Nach einer intensiven Vorbereitungsarbeit der Stabstellen des Kantons und der Sektionen liegt es nun an den Kandidatinnen und Kandidaten



Das Wahlmobil der FDP Freiburg und ein Teil unserer Kandidaten während den kantonalen Wahlen.

sowie an den Mitgliedern der freisinnigen Familie, die zu ihrer Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um die Bürgerinnen und Bürger und ihr Umfeld davon zu überzeugen, am 6. November für die LISTE 3 zu stimmen.

Rücktritt von Carmen Walker Späh als Präsidentin der FDP.Die Liberalen Frauen



Carmen Walker Späh

Anlässlich der Präsidentinnenkonferenz gab Carmen Walker Späh, Volkswirtschaftsdirektorin des Kantons Zürich, bekannt, dass sie im März 2017 nicht mehr zur Wiederwahl als Präsidentin der FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz antreten wird. Zur Suche ihrer Nachfolge wird eine Findungskommission unter der Leitung von Petra Studer, Vize-Präsidentin der FDP Frauen, eingesetzt.

Claudine Esseiva, Generalsekretärin FDP Frauen Schweiz

Nach fast sieben Jahren als Präsidentin der FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz ist es für Carmen Walker Späh an der Zeit, dass neue Kräfte an das Ruder kommen. Unter ihrer Führung hat die Partei an Profil gewonnen. Die FDP Frauen wurden als trei-

bende Kraft wahrgenommen, die sich für mehr Frauen in Wirtschaft und Politik starkmachen und sich unermüdlich für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzen.

Die FDP Frauen bedauern den angekündigten Rücktritt sehr. Carmen Walker Späh war für viele liberale Frauen ein Vorbild und ein Ansporn, wie «frau» mit Familie und Beruf er-

folgreich eine politische Karriere einschlagen kann. Die FDP Frauen danken ihrer Präsidentin bereits zum heutigen Zeitpunkt sehr für ihre Arbeit zugunsten der Partei und der liberalen Politik. Mit ihrer unkonventionellen und mutigen Art motivierte sie viele Frauen, sich politisch zu engagieren, unbequem zu sein und hartnäckig ihren Weg zu verfolgen.

Abstimmung vom 27. November 2016

Die Präsidentinnenkonferenz der FDP.Die Liberalen Frauen sagt einstimmig Nein zur Atomausstiegsinitiative. Die Initiative verlangt die Beschränkung der Laufzeit der Schweizer Kernkraftwerke auf 45 Jahre. Die Volksinitiative verursacht nicht nur unnötige Kosten durch den verfrühten Rückbau der Kernkraftwerke, sie gefährdet auch die sichere und klimafreundliche Versorgung der Schweizer Bevölkerung mit Strom.

Claudine Esseiva, Generalsekretärin FDP Frauen Schweiz

Die Initiative will eine maximale Laufzeit von 45 Jahren für alle Atomkraftwerke. Bereits im Jahr 2017 müssten drei Kraftwerke vom Netz; im Jahr 2029 würde das letzte Schweizer Atomkraftwerk stillgelegt. Die Vorlage geht den FDP Frauen entschieden zu weit und würde zu unnötigen Mehrkosten und mangelnder Versorgungssicherheit führen. Dazu kommt, dass das Parlament in der Herbstsession den Atomausstieg und die Energiestrategie 250 angenommen hat. Die Schweizer Kernkraftwerke sollen geordnet und schrittweise abgeschaltet werden, damit genügend Zeit für den Umbau der Schweizer Stromversorgung bleibt.



Rückblick

2016 – Radigal zieht Bilanz

In dieser Ausgabe des «Freisinns» ziehen wir die Bilanz der Ereignisse 2016. Radigal startete früh ins Jahr mit der Wahl von drei neuen Vorstandsmitgliedern an der Hauptversammlung. Im erneuerten Vorstand wurde eine neue Strategie für die Fachgruppe erarbeitet. Das Jahr wurde überschattet vom Massaker von Orlando, welches weltweit Bestürzung hervorrief. Die Schweizer Community konnte jedoch einen Erfolg mit der Gesetzesrevision über die Stiefkindadoption für eingetragene Partner verbuchen.

Odilo Lamprecht,
Präsident Radigal

Am 21. Januar 2016 fand in Zürich die jährliche offizielle Mitgliederversammlung von Radigal statt. Bei dieser Gelegenheit wurden gleich drei Neumitglieder in den Vorstand gewählt: Stefan Fritschi, Raphael Scherer und Marco Baumann sollen dem Vorstand mit jungem Blut neuen Schwung verleihen. Odilo Lamprecht wurde als Präsident bestätigt, Marc Lindt und Christian Dünner bleiben dem Vorstand ebenfalls erhalten. Einzig Roger Martin verabschiedete sich nach mehrjähriger Vorstandstätigkeit von Radigal. Im darauffolgenden Mai fand in St. Gallen eine interne Strategietagung statt. Ziel: Die Funktion und Aufgaben von Radigal für die nächsten Jahre zu definieren. Es wurde entschieden, dass sich der Verein in erster Linie auf die internen Stakeholder fokussieren und somit vor allem innerhalb der Partei ihre Interessen vertreten soll. Bei Bedarf werden die Parteileitung oder Parteimitglieder unterstützt. Künftig wird Radigal seine Positionen unter anderem als offizielles Mitglied der Parteipräsidentenkonferenz (PPK) der FDP Schweiz einbringen können. Odilo Lamprecht vertritt dort die Fachgruppe seit Mitte Jahr. Im September 2016 fand dann im eleganten Hotel National in Luzern ein Social Event statt, wo im Rahmen eines ungezwungenen Austausches neue Kontakte geknüpft und bestehende vertieft werden konnten. 2016 wurden also viele Ziele erreicht! Ebenso vieles bleibt aber offen, und der gesamte Vorstand wird sich auch im kommenden Jahr mit Einsatz und



Odilo Lamprecht

Herzblut für Radigal und die gesamte FDP einsetzen.

Ein Ereignis erschüttert die Welt

Am 12. Juni 2016 steht die Welt für einen Moment still. Ein Aufschrei geht durch die ganze Presse. In einem Nachtclub für Schwule und Lesben in Orlando (USA) werden 50 Personen von einem Attentäter hingerichtet. Der brutale Angriff erschüttert nicht nur die LGBTI-Community, sondern auch

weite Teile der Gesellschaft schwer. Es ist ein Zeichen dafür, dass Feindseligkeit gegenüber LGBTI-Menschen nach wie vor Bestand hat. Dass in einem Land, das sich selbst seiner Toleranz gegenüber verschiedensten Ethnien und Lebensformen rühmt, solcher Hass auf Menschen ausserhalb der Norm hervorbricht, zeigt die tiefe Gespaltenheit der amerikanischen Gesellschaft. Es zeigt aber auch, wie viel besser sich die Situation hier in der

Schweiz präsentiert. Selten hört man von offener Gewalt gegenüber LGBTI-Menschen. Die Community geniesst in diesem Land eine hohe Akzeptanz, und es ist wichtig, diesen Umstand wertzuschätzen. Oft hört man von Kolleginnen und Kollegen aus anderen Parteien, wie schlecht es Schwulen und Lesben in der Schweiz gehe und dass unsere Rechte mit Füßen getreten würden. Dieser Meinung kann und wird Radigal nicht zustimmen. Es ist eine Tatsache, dass LGBTI-Menschen in einigen Punkten immer noch diskriminiert werden. Lösungen dafür sind jedoch in Sichtweite, und statt Kritik ist konstruktive Mitarbeit nötig.

Das Beste zum Schluss

Seit Jahren fordert Radigal, dass die rechtlichen Bestimmungen für die Adoption aufgeweicht und sogenannte Regenbogenfamilien besser geschützt werden. In der Sommersession 2016 kam das Parlament dieser Forderung nach Gleichberechtigung nun endlich teilweise nach: Es stimmte einer Gesetzesrevision zu, welche die Stiefkindadoption für Paare in eingetragener Partnerschaft oder Konkubinat ermöglicht. Kurz darauf bildete sich aus den Reihen der SVP, CVP und EDU ein Komitee, welches das Referendum ergreifen will. Radigal ging von einem Zustandekommen aus und bereitet sich daher frühzeitig auf eine entsprechende Volksabstimmung vor. Am 4. Oktober 2016 dann die gute Nachricht: Das Referendum ist gescheitert. Für Radigal und die gesamte LGBTI-Community ist dieses Gesetz eine grosse Errungenschaft, welche uns auf weitere Erfolge 2017 hoffen lässt.

Europapolitik

Die Personenfreizügigkeit: eine liberale Errungenschaft!

Die Umsetzung der MEI stellt unser Parlament vor ein Dilemma: Der Auftrag nach Beschränkung der Zuwanderung kollidiert mit dem Prinzip der Personenfreizügigkeit. Doch was ist dieses vermeintlich «europäische» Prinzip? Und was ist aus liberaler Sicht davon zu halten? Hilfreich ist ein Blick nach Europa. Und einer in die Geschichte der Schweiz.

Roger Kölbener, Vorstandsmitglied FDP International

In der Europäischen Union gehört die Personenfreizügigkeit zu den vier Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes. Wie die Freiheiten von Gütern, Dienstleistungen und Kapital erbringt sie grossen wirtschaftlichen Nutzen, indem sie es ermöglicht, Beschäftigungsmöglichkeiten und Qualifikationen von 500 Mio. Europäern in Einklang zu bringen. Davon profitieren 15 Mio. Europäer, darunter auch 500 000 Auslandsschweizer. Umfragen zeigen regelmässig, dass drei Viertel der Europäer in ihr die grösste Errungenschaft der EU sehen. Zwei Drittel sind von ihrem Nutzen für das eigene Land überzeugt. Auch die Schweizer Bürger haben ihre Einführung in der Schweiz im Jahr 2000 mit 67,2 Prozent an der Urne bestätigt.

Doch die Personenfreizügigkeit ist mehr. Sie ist das Grundrecht des modernen Bürgers Europas, selbst zu entscheiden, wo er sich niederlassen und arbeiten will. Sie ist ein Freiheitsrecht des Menschen. Ein Ass im Ärmel des Bürgers gegen die protektionistischen Reflexe des Nationalstaates.

All das macht sie weiterhin zu einer heiligen Kuh der EU – vergleichbar mit der direkten Demokratie in der Schweiz. Und genauso wenig, wie wir über die direkte Demokratie verhandeln, tut dies die EU bei der Personenfreizügigkeit. Doch so, wie sich Europa mit direkter Demokratie schwertut, tut dies die Schweiz mit der Personenfreizügigkeit. Das ist nichts Neues, denn selbst im Inland musste sie hart erkämpft werden. Die entscheidende Rolle spielten dabei wir Freisinnigen.



Roger Kölbener

In der alten Eidgenossenschaft war Personenfreizügigkeit ein Fremdwort. Niederlassungsrecht oder Mitbestimmung waren ererbte Privilegien der Alteingesessenen und Sache der Gemeinden. Insbesondere die reichen Städte schotteten sich ab. Es bildeten sich verschiedene Klassen

von Bürgern, wobei die sog. «Hinterassen» weder über Ausbildung noch freie Berufswahl verfügten. Im 19. Jahrhundert schliesslich waren es die liberalen Gründerväter der Schweiz, welche die Niederlassungsfreiheit für alle und sogar über die Kantonsgrenze hinweg forderten und 1819 in einem Konkordat von 13 liberalen Kantonen einführten. Die katholisch-konservativen Kantone verweigerten sich, was ihnen allerdings wirtschaftliche Nachteile eintrug. Begründet wurde die Ablehnung mit der Angst, die konfessionelle Homogenität zu verlieren oder Arme unterstützen zu müssen – heute würden gewisse Kreise von «Einwanderung in den Sozialstaat» sprechen.

Mit der Gründung ihres Bundesstaats von 1848 schufen die Freisinnigen nicht nur einen Schweizer Binnenmarkt (und damit die Freiheiten von

Gütern, Dienstleistungen und Kapital), sondern führten erstmals auch eine nationale Niederlassungsfreiheit ein. Die Personenfreizügigkeit in der Schweiz war geboren. Viele Ausnahmen machten sie allerdings löchrig, und ihre konkrete Umsetzung wurde durch die Kantone behindert, was nicht selten durch das neu geschaffene Bundesgericht korrigiert werden musste – heute würden gewisse Kreise von «fremden Richtern» sprechen.

Die Personenfreizügigkeit der Schweiz blieb das ganze 19. Jahrhundert über ein heisses politisches Eisen. Unsere Gründerväter liessen sich davon aber nicht beirren und öffneten das Land auch nach aussen. 1876 bestanden Freizügigkeitsabkommen mit sämtlichen Nachbarländern. Genutzt wurden sie von Leuten wie dem Apothekergesellen Heinrich Nestlé, der aus Frankfurt nach Vevey einwanderte und dort ein nach ihm benanntes Start-up gründete; Michael Maggi aus der Lombardei, dessen Sohn später ein Gewürz erfand und herstellte; oder Walter Boveri aus Bayern, der in Baden zusammen mit dem Briten Charles Brown eine Firma im Bereich der damals völlig neuartigen Elektrotechnik gründete: die «Brown, Boveri & Cie» (BBC), heutige ABB.

Nestlé, Maggi, BBC: Es war nichts anderes als der Anfang des Erfolgsmodells Schweiz. Untrennbar verbunden mit einer frühen Form der europäischen Personenfreizügigkeit, ausgehend von den liberalen Gründervätern der Schweiz. Sie zu verteidigen war schon immer die Aufgabe der Liberalen und Progressiven. Und es lohnt sich: Unsere Schweiz ist selbst das beste Beispiel dafür.



Henri Nestlé: Kind der Personenfreizügigkeit und Pionier des Erfolgsmodells Schweiz.

Eindrücke aus dem amerikanischen Wahlkampf

Wenn Trump twittert ...

Podiumsdiskussionen in Turnhallen, TV-Debatten auf tiefstem Niveau und ein Abstimmungskampf im herbstlichen Maine – während unseres dreimonatigen Aufenthalts in Amerika tauchen wir in eine faszinierende und neue, zum Teil aber auch angenehm vertraute Welt ein.

Beat Schlatter, Vorstandsmitglied FDP Schweiz und Präsident FDP Service Public, und Carina Schaller, Strategische Projektleiterin und operative Wahlkampfleiterin FDP Schweiz

Ende August traten wir gespannt und voller Vorfreude unsere Reise in den amerikanischen Wahlkampf an. Nun, zwei Monate später und wenige Tage vor dem entscheidenden Dienstag, stecken wir mitten in einem überwältigenden und abwechslungsreichen Abenteuer.



Beat Schlatter



Carina Schaller

Highlight 1

Das bisherige Highlight war eindeutig die Teilnahme an einer Wahlkampfveranstaltung mit Hillary Clinton persönlich. In der doch beschaulichen Stadt Manchester im Bundesstaat New Hampshire trat Hillary Clinton zusammen mit Senatorin Elisabeth Warren auf dem Rasen einer katholischen Universität vor ihre Wähler. Ein eindrückliches Erlebnis, nur rund 25 Meter neben der Präsidentschaftskandidatin zu stehen und zu beobachten, wie die wohl etwa 1000 Teilnehmenden auf ihre Rede reagieren. Auch die Geduld der Anwesenden war bemerkenswert. Ohne Murren und Drängeln werden eineinhalb Stunden Schlange stehen in Kauf genommen, um durch die Sicherheitskontrolle – Flughafen lässt grüssen – gelassen zu werden. Auch kam keine negative Stimmung auf, als der Beginn der Veranstaltung sich um 45 Minuten verspätete.

Highlight 2

Während vieles im Wahlkampf hier sehr professionell erscheint – sieht man einmal von Trumps emotionalen Tweets um 3 Uhr in der Früh ab –, gibt es doch auch sympathische Momente. Auch in den USA werden Podiumsdiskussionen zwischen Kandidaten

für das Amt des Congressman (Schweizer Äquivalent zum Nationalrat) in Turnhallen von Primarschulen abgehalten. Die Kandidierenden schlagen sich dabei mehr recht als schlecht bei der Beantwortung der Fragen zur Waffengesetzgebung, zum Klimawandel oder zur Sicherung von regionalen Jobs. Der libertäre Kandidat liess dabei die Kandidatin der Grünen alt aussehen, da er im Gegensatz zu ihr über Solarpanels auf seinem Haus verfügte, während sich die Kan-

didaten der Republikaner und Demokraten scheinbar weigerten, die beiden weiteren anwesenden Kandidaten auch nur zur Kenntnis zu nehmen.

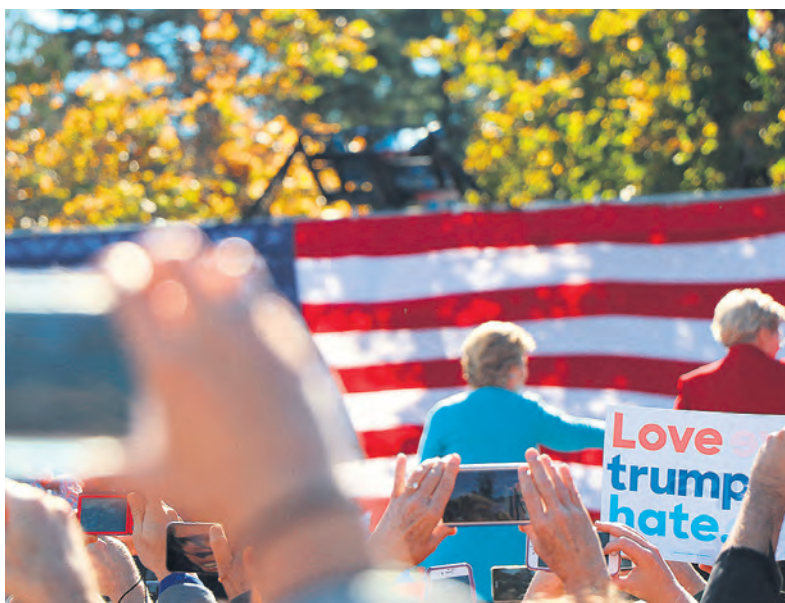
Highlight 3

Das Engagement und die Begeisterungsfähigkeit der Amerikaner beeindruckten und faszinierten uns. Dies wurde nicht nur am oben erwähnten Auftritt von Hillary Clinton deutlich, für welchen sich die Mehrheit der Anwesenden extra einen Tag frei nahm,

zumal der Anlass um 12.30 Uhr an einem Montag stattfand. Sondern auch an Vorgärten voller Signyards, Freiwillige unterschiedlichster Herkunft und jeden Alters in improvisierten Büros, Telefonate zwischen 14-Jährigen und potenziellen Wählern wie Seniorinnen im Alterszentrum, die Trump aufs Deutlichste an den Karren fahren – all das sind Eindrücke des persönlichen Wahlkampfes, den viele Amerikaner betreiben. Dies kontrastiert zuweilen stark mit den stundenlangen Analysen über alles Mögliche: Da spricht der Körpersprachenspezialist, die Kleiderwahl wird ebenso zum Thema wie die Höhe des Rednerpultes, die Verweildauer im Studio nach der Debatte oder die Wahl der Auftrittsorte im ganzen Land. Dabei geraten sich die «Experten» zuweilen mehr in die Haare als die beiden Kandidaten in der eigentlichen Debatte mit Wortwechseln wie: «You can not polish this turd!» – «Well, technically you can not polish any turd» (die Übersetzung überlassen wir dem Leser selber).

Das finale Highlight

Am 8. November werden wir live mitverfolgen, ob Clinton oder Trump mehr als 270 Wahlmänner und -frauen hinter sich vereinigen kann und so am 20. Januar ins Weisse Haus einziehen wird. Donald Trump hat nicht nur durch seine steten Andeutungen, die Wahlen seien gefälscht, für eine spezielle und angespannte Stimmung gesorgt. Wir sind also gespannt, welche Stimmung uns in Wahllokalen und an Wahlpartys erwarten wird. Wer auch immer der 45. Präsident/Präsidentin wird, es wird viele in diesem Land während dieses Wahlkampfes geschlagene Wunden zu heilen geben. Zeugnisse von gegenseitigen Angriffen auf tiefstem Niveau lassen sich auf jedem TV-Programm finden.



An einer Wahlkampfveranstaltung von Hillary Clinton.

Delegiertenversammlung im September

Bienvenue à Montreux!

Die vierte Delegiertenversammlung dieses Jahres fand im Waadtland statt. Im Zentrum dieses Anlasses standen wirtschafts- und migrationspolitische Themen. Die Delegierten verabschiedeten ein Positionspapier zur Stärkung des bilateralen Wegs, sagten Ja zur Unternehmenssteuerreform III und Nein zur schädlichen Atomausstiegsinitiative.

Nationalrat und Präsident der FDP Waadt Frédéric Borloz hiess die über 250 FDP-Delegierten in Montreux herzlich willkommen. In seiner Rede umriss er die liberale Geschichte und betonte das freisinnige Erbe des Kantons Waadt. Auch stellte er die Grossrats- und Regierungsratskandidaten für die Wahlen vom Frühjahr 2017 vor. Wir wünschen ihnen viel Erfolg!

Bilateraler Weg ist unantastbar

Parteipräsidentin Petra Gössi wies nicht ohne Stolz auf den im Nationalrat erreichten Kompromiss zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative hin. Dass die FDP nun im Gegenwind stehe, sei nicht verwunderlich, denn: Wir machen Politik nicht um zu gefallen, sondern um zu bewirken. Dieser Vorschlag erlaube es, die Zuwanderung zu senken und gleichzeitig die bilateralen Verträge zu sichern, unterstrich die Parteipräsidentin. Bundespräsident Johann Schneider-Ammann betonte ebenfalls



Die Delegierten fassten richtungsweisende Abstimmungsparolen.



Auch die FDP International war an der Delegiertenversammlung gut vertreten.



Nach einem ereignisreichen Tag genossen die Delegierten einen reichhaltigen Apéro.

Freiheitspreis 2016

Ehrung für alt Bundesrat Kaspar Villiger

In seinen 14 Jahren im Bundesrat hat sich Kaspar Villiger stets für nachhaltige liberale Ideen und Projekte eingesetzt. Nun ehrt die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sein Werk.

**Petra Gössi, Nationalrätin,
Präsidentin FDP.Die Liberalen**

Alt Bundesrat Kaspar Villiger erhält den Freiheitspreis 2016 der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Diese zeichnet mit dem Freiheitspreis alle zwei Jahre eine Persönlichkeit aus, die entscheidende Impulse für die Entwicklung einer liberalen Bürgergesellschaft gegeben und damit zur Festigung freiheitlicher Werte und Ziele in der Welt beigetragen hat. Mit alt Bundesrat Villiger ehrt die Stiftung einen Politiker und Wirtschaftsfachmann, dessen Wirken stets von Reformfreude motiviert und durch die



Kaspar Villiger

Umsetzung nachhaltiger liberaler Ideen und Projekte geprägt gewesen

sei. Seine europäische und internationale Orientierung und seine Festigkeit in freiheitlicher Lebensauffassung charakterisiere seine bemerkenswerte Persönlichkeit, wie die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit schreibt. Bisherige Preisträger waren unter anderem der frühere Bundesausussenminister Hans-Dietrich Genscher und Literaturnobelpreisträger Mario Vargas Llosa.

Im Besonderen anerkennt die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit die von alt Bundesrat Villiger mit seinem Team entworfene und in der Verfassung verankerte Schuldenbremse, die für die Schweiz elementar

wichtig geworden ist und die zusammen mit dem ebenfalls in der Verfassung verankerten Haushaltsziel 2001 sowie zwei der bisher grössten Entlastungsprogramme die Basis zur Gesundung der Schweizer Bundesfinanzen schuf und die der Eidgenossenschaft sogar während der Finanzkrise eine markante Reduktion der Verschuldung ermöglichte.

Der Freiheitspreis wird am Samstag, 12. November 2016, in der Paulskirche in Frankfurt am Main verliehen. FDP.Die Liberalen gratuliert alt Bundesrat Kaspar Villiger herzlich zu dieser grossen Ehrung.

Fortsetzung von Seite 8

die Wichtigkeit der bilateralen Verträge mit der EU. Der bilaterale Weg ist einer der grundlegenden Faktoren für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort Schweiz. Der Bundesrat wird sich weiterhin mit aller Kraft für die Sicherung der Bilateralen einsetzen. Der Bildungsminister hob ebenso das EU-Forschungsprogramm Horizon 2020 hervor, welches eine erfolgreiche Forschungszusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU ermöglicht. Um weiterhin von den Vorteilen dieses Abkommens profitieren zu können, muss das Parlament bis im Dezember eine Lösung für die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative verabschiedet haben. Den Delegierten wurde anschliessend eine Resolution zur Bekräftigung des bilateralen Wegs unterbreitet. Nach einem Plädoyer für den bilateralen Weg von Ständer Ruedi Noser und einer kritischen Podiumsdiskussion verabschiedeten sie die Resolution einstimmig. Für die FDP ist der bilaterale Weg nicht verhandelbar.



Parteipräsidentin Petra Gössi und Generalsekretär Samuel Lanz bedanken sich für die vielen positiven Reaktionen zum Vorschlag «Inländervorrang light».

JA zur USR III, NEIN zum chaotischen Atomausstieg

Ebenfalls fassten die Delegierten die Parolen für die kommenden eidgenössischen Abstimmungsvorlagen. Regierungsrat Pascal Broulis bekräftigte die Wichtigkeit der Unternehmenssteuerreform III (USR III) für die Zukunft des Werk- und Finanzplatzes Schweiz: Nichts weniger als Arbeitsplätze und unser Wohlstand stehen bei einer Ablehnung auf dem Spiel. Die Delegierten folgten diesem Votum und fassten die Ja-Parole für die USR III, welche im Februar 2017 dem Volk unterbreitet wird. Die schädliche Atomausstiegsinitiative, über welche wir am 27. November abstimmen, stand ebenfalls zur Debatte. Nationalrat Christian Wasserfallen zeigte die Szenarien auf, welche uns bei einer Annahme blühen würden: ein sinkender Selbstversorgungsgrad und die damit einhergehende ansteigende Abhängigkeit vom ausländischen Kohlestrom. Die Delegierten schlossen sich dieser Meinung an und fassten eine klare Entscheidung. Die Vorlage wurde mit 239 zu 4 bei 6 Enthaltungen deutlich abgelehnt.

La libéralisation des transports est en marche

La nouvelle révolution des transports

En l'espace de quelques années, la digitalisation entraîne des révolutions qu'il était impossible d'imaginer et qui bouleversent considérablement nos habitudes quotidiennes. Les contenus culturels ont été les premiers à être concernés par ces évolutions fondamentales, avec la fin des majors et l'habitude pour les consommateurs de passer outre les monopoles de fait ou de droit des grands groupes.

Philippe Nantermod, vice-président PLR. Les Libéraux-Radicaux et conseiller national VS

C'est désormais le secteur des transports qui suit un chemin similaire. Uber, c'est plus que la simple diminution des tarifs des taxis. La compagnie met en pièce des monopoles jusqu'ici acceptés bon gré mal gré par les consommateurs comme par les professionnels. Les caractéristiques de l'offre ne sont plus fixées par des lois ou des règlements, mais par le marché. Et l'on voit que ce qui intéresse le consommateur, c'est moins la licence du chauffeur que la qualité du service, l'efficacité de l'application qui le met en relation, le confort d'utilisation ou, évidemment, le prix.

Ces changements de paradigme replace la relation contractuelle entre client et producteur au centre de l'échange, ce qui ne peut qu'être profitable à tous, contrairement à la situation actuelle où l'Etat se mêle de la situation en introduisant une notion de monopole et de contrôle public d'un marché devenu l'apanage de la précarité au travail durant les dernières années.

Comme tout changement, cette évolution connaît aussi son lot de mécontents, en particulier ceux qui profitaient jusqu'ici d'un monopole qui n'a, comme tous les monopoles, à aucun moment servi l'innovation et la concurrence en faveur du consommateur.

Comme élu, l'option qui consiste à accéder aux demandes de verrouiller le marché n'est pas acceptable. Elle revient à protéger les intérêts d'une minorité contre l'intérêt de la majorité et le libre choix des consommateurs. Une vraie politique libérale consiste à analyser les règles publiques qui ont



Philippe Nantermod

créé ces monopoles, les barrières qui empêchent une concurrence la plus juste possible, et abolir le tout pour permettre à chaque acteur de prospérer et de se trouver une clientèle.

C'est dans cet esprit que mon collègue Fathi Derder et moi-même avons proposé deux motions visant à modifier, voire abroger, l'OTR2, ordon-

nance qui régit le secteur des taxis. D'une part, cette ordonnance rend l'exercice pour les nouvelles offres de transport très délicat d'un point de vue légal, mais elle empêche d'autre part les taxis traditionnels d'offrir une vraie concurrence en leur imposant des règles désuètes, notamment sur l'utilisation d'appareils de surveil-

lance, de limite des heures absurdes ou de permis professionnels sans raison compréhensible.

Le bus à longue distance: mêmes enjeux, mêmes solutions

Il en va de même de la question des autocars à longue distance. Présentes dans tous les pays qui nous entourent, les lignes de bus à longue distance font de plus en plus d'adeptes auprès des voyageurs qui manquent de moyens mais qui ont du temps à disposition. Au lieu de voyager dans des trains à grande vitesse, ils préfèrent effectuer des trajets en bus privés, à prix cassé, qui durent des heures.

La Suisse interdit ces lignes pour le trafic interne, au nom de la protection des CFF. Comme si la régie fédérale, forte de ses milliards d'investissements et de subventions publics, avait encore besoin d'être protégée contre de cruels jeunes désœuvrés qui chercheraient à démonter le service public sous prétexte de voyager bon marché.

Les arguments contre la libéralisation ne manquent pas, mais aucun ne résiste à l'analyse. D'un point de vue environnemental, le bus (qui sera bientôt électrique) connaît déjà un impact environnemental comparable à celui d'un train régional. Le trafic routier est d'autant plus réduit qu'un tiers des usagers des autocars à longue distance renoncent à la voiture pour les prendre, et les CFF souffrent aujourd'hui davantage d'une sous-capacité que d'un manque de clients.

Dans ce secteur comme dans l'autre, une motion a été déposée par le soussigné pour réclamer une libéralisation du marché, pour offrir ici aussi un choix au consommateur et une possibilité d'innover et créer des emplois.

Ausnahme Arbeitszeiterfassung

Mehr Spielraum für Mitarbeitende und Unternehmen

Was zum Schutz der Arbeiterinnen und Arbeiter im letzten Jahrhundert gesetzlich verankert wurde, ist heute bisweilen hemmend für Unternehmen: die Pflicht zur Arbeitszeiterfassung. Auch wenn die Bestimmungen teilweise der heutigen Arbeitswelt angepasst wurden, sind weiterführende Änderungen notwendig. Mit unseren parlamentarischen Initiativen «Ausnahme von der Arbeitszeiterfassung für leitende Angestellte und Fachspezialisten», eingereicht von Ständerätin Karin Keller-Sutter, und «Arbeitnehmende in Start-ups mit Firmenbeteiligungen sollen von der Arbeitszeiterfassung befreit sein», eingereicht von Nationalrat Marcel Dobler, fordern wir mehr Spielraum für Mitarbeitende und Unternehmen.

Karin Keller-Sutter,
Ständerätin SG,
und **Marcel Dobler,**
Nationalrat SG

Per 1. Januar 2016 wurde die Pflicht zur Arbeitszeiterfassung für gewisse Mitarbeitergruppen gelockert und so den heutigen Realitäten einer modernen Arbeitswelt mit flexiblen Arbeitszeiten angenähert. Allerdings gilt die Befreiung nur dann, wenn ein Gesamtarbeitsvertrag vorliegt und der Mitarbeiter mindestens 120'000 Franken pro Jahr verdient. Weil aber die Verordnung, die die Einzelheiten regelt, auf einer nicht mehr zeitgemässen gesetzlichen Grundlage basiert, konnte keine für alle Branchen und Unternehmen taugliche Lösung umgesetzt werden. Dies führt in der Praxis zu Ungleichbehandlungen, weil gewisse Branchen und Unternehmen faktisch von der Möglichkeit der Lockerung der Arbeitszeiterfassungspflicht ausgeschlossen werden.

Leitende Mitarbeitende und Fachspezialisten organisieren ihre Arbeit sehr autonom und entscheiden massgeblich über ihre Arbeits- und Ruhezeiten selbständig. Dies gilt in der heutigen Arbeitswelt generell, also für alle Branchen gleichermassen. Es soll deshalb gesetzlich geregelt werden, dass die beiden Kategorien, leitende Mitarbeitende und Fachspezialisten in vergleichbarer Stellung, generell von



Karin Keller-Sutter



Marcel Dobler

der Pflicht zur Arbeitszeiterfassung ausgenommen sind. Mit der parlamentarischen Initiative «Ausnahme von der Arbeitszeiterfassung für leitende Angestellte und Fachspezialisten» soll dies erreicht werden.

Start-ups entlasten

Gleiches soll auch für gewisse Mitarbeitende von Start-ups gelten. Arbeitnehmende, die an der Firma beteiligt sind und die bei ihrer Arbeit über eine grosse Autonomie verfügen sowie ihre Arbeitszeiten mehrheitlich selber festsetzen können, sollen ebenfalls kei-

ne Arbeitszeit erfassen müssen. Im Bereich der Start-ups hat diese Anpassung eine besondere Bedeutung: Etwa neun von zehn Firmen in der Schweiz haben weniger als zehn Mitarbeiter und bilden das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft. Bei etwa zehntausend Firmengründungen pro Jahr handelt es sich um Start-ups. Diese Firmen schaffen Arbeitsplätze und leisten mit neuen Ideen und Innovationen einen wertvollen Beitrag an die Entwicklung in der Schweiz. Bei Start-ups ist es verbreitet, wertvolle Mitarbeiter an der Firma zu beteiligen. Die Lohnbe-

standteile sind einerseits Basis-saläre und andererseits die Wert-zunahme der Firmenbeteiligungen. Da die Finanzierung bei Start-ups eine grosse Herausforderung ist, hilft diese Beteiligungsform, die Lohnkosten mit den Basissalären zu fixieren. Zudem kann die Laufzeit des Unternehmens bis zum Zeitpunkt, an dem alle Barreserven aufgebraucht sind («runtime»), damit verlängert werden.

Den Gesetzmässigkeiten von Start-ups, unter anderem den Finanzierungsinstrumenten, soll in der Praxis Rechnung getragen werden. Die Schaffung von Innovation und die Aufbauarbeit von Firmen müssen im Arbeitsgesetz berücksichtigt werden. Genau dies will die parlamentarische Initiative «Arbeitnehmende in Start-ups mit Firmenbeteiligungen sollen von der Arbeitszeiterfassung befreit sein».

Auf gutem Weg

Beide Vorstösse werden nun von den Kommissionen für Wirtschaft und Abgaben des National- bzw. des Ständerats vorbesprochen und anschliessend von beiden Räten behandelt. Indem die ständerätliche Kommission der parlamentarischen Initiative «Ausnahme von der Arbeitszeiterfassung für leitende Angestellte und Fachspezialisten» deutlich Folge gegeben hat, hat diese die erste Hürde bereits genommen.

Unternehmenssteuerreform III

Standortattraktivität der Schweiz sichern

Am 12. Februar 2017 werden wir über die Unternehmenssteuerreform III abstimmen, dies nachdem die SP das Referendum ergriffen hat. Der Bundesrat und die Parteien FDP, SVP, CVP, GLP und BDP sagen geschlossen JA zur Unternehmenssteuerreform III.

Daniela Schneeberger,
Nationalrätin BL

Die Unternehmenssteuerreform III ist eines der wichtigsten Geschäfte für den Standort Schweiz in dieser Legislatur. Die Schweiz muss sich internationalen Standards anpassen, soll jedoch ihre Standortattraktivität für alle Unternehmen bewahren. Nur dank dieser Reform können auch wichtige internationale Unternehmen am Standort Schweiz gehalten werden. Mit diesen Firmen sichern wir Arbeitsplätze, Steuereinnahmen und Investitionen. Auch bleiben nicht nur Arbeitsplätze erhalten, es können auch neue

geschaffen werden, denn wer sich im internationalen Wettbewerb gut positioniert, zieht Unternehmen an. Dies ist der Schlüssel für den künftigen Erfolg des Wirtschaftsstandorts Schweiz.

Die Folgen einer Ablehnung für die Schweiz wären gravierend: Ohne Reform drohen grosse volkswirtschaftliche Schäden und hohe finanzielle Einbussen, die sich nur durch Steuererhöhungen bei den Privatpersonen kompensieren lassen würden. 150 000 Arbeitsplätze und der Verbleib von mindestens 24 000 Firmen stehen auf dem Spiel. Allein bei der Gewinnsteuer wären Steuereinnahmen von 5,3 Milliarden Franken gefährdet. Wie

der KPMG-Steuerreport 2016 prognostiziert, kommen noch Milliarden an Einkommenssteuern sowie indirekte Einnahmen dazu.

Selbst KMU in Gemeinden ohne grosse internationale Firmen wären betroffen. Denn auch in diesen Gemeinden sind Zulieferer auf Aufträge und die Zusammenarbeit mit internationalen Unternehmen angewiesen: Grosse Unternehmen sind wichtige Auftraggeber und Abnehmer von Zulieferern aus dem Gewerbe. Wer Ja sagt zu Steuerreform, der sagt Ja zum Wohlstand der Schweiz und stellt sicher, dass unser Land attraktiv für grosse Unternehmen und KMU bleibt.



Daniela Schneeberger

Sichern wir unsere Standortattraktivität und sagen wir entschieden Ja zur Steuerreform.

Bekanntnis zu den bilateralen Verträgen

Ja zu den Bilateralen, Nein zum EU-Beitritt

Die EU ist der mit Abstand wichtigste Handelspartner der Schweiz. Der Zugang zu ihrem Binnenmarkt ist zentral für die Zukunft des Schweizer Erfolgsmodells. Eine Kündigung – oder auch nur Relativierung – der «Bilateralen» würde der Schweiz erheblich schaden und Jobs und Wohlstand gefährden. Die bilateralen Verträge sind und bleiben der Königsweg für die Schweiz.

Beat Walti, Nationalrat ZH

Die Schweiz verdient jeden zweiten Franken im Ausland. Ein Zugang ohne Diskriminierung zum europäischen Binnenmarkt ist zentral, da die EU der mit grossem Abstand wichtigste Handelspartner der Schweizer Unternehmen ist. Allein nach Baden-Württemberg exportieren Schweizer Unternehmen gleich viel wie in die USA, nach Bayern gleich viel wie nach China. Umgekehrt ist die Schweiz drittwichtigster Handelspartner der EU. Die Bilateralen beseitigen für Schweizer Unternehmen viele und kostspielige Hürden beim Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Das ist gerade in Zeiten extremer Frankenstärke match-



Beat Walti

entscheidend. Die bilateralen Verträge sind ein wichtiger Standortfaktor, fördern die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen und sichern viele Arbeitsplätze. Eine Kündigung der Bilateralen würde der Schweiz beträchtlich schaden und viele Arbeits-

plätze gefährden. Die Schweiz würde gegenüber der EU auf den Rang anderer Drittstaaten zurückfallen und an nichttarifären Handelshemmnissen leiden. Zudem würde sie von wichtigen EU-Programmen ausgeschlossen werden, zum Beispiel im Bereich der Bildung, Forschung, Justiz und Migration. Ohne die «Schengen/Dublin-Verträge» würde unsere Bewegungsfreiheit für Menschen und Waren durch die Wiedereinführung von Grenzkontrollen beschränkt. Die formelle Kündigung der Bilateralen durch die EU-Staaten ist das Total-schaden-Szenario. Aber schon eine selektive Nichtanwendung einzelner Verträge durch einige Mitgliedstaaten – z. B. wegen tatsächlicher oder be-

haupteter Vertragsverletzungen durch die Schweiz – würde die Rechtssicherheit für Schweizer Unternehmen und damit den Nutzen der Bilateralen entscheidend schwächen.

Die Bilateralen sind eine massgeschneiderte Lösung und der Königsweg für unser Land. Als erfolgreiches, aber kleines Land mitten in Europa haben wir keinerlei Interesse an Handelsschranken gegenüber unseren Nachbarländern und wichtigsten Handelspartnern – und an einer wirtschaftlichen Talfahrt der Schweiz. Ein EU-Beitritt ist für unser Land keine Option. Auch dagegen ist die erfolgreiche Sicherung der bilateralen Verträge im Übrigen das beste Rezept. Dafür stehe ich ein.

Atomausstiegsinitiative

Atomausstieg – nicht um jeden Preis

Die Volksinitiative «für einen geordneten Ausstieg aus der Atomenergie» (Atomausstiegsinitiative) der Grünen wurde als Reaktion auf die Nuklearkatastrophe von Fukushima eingereicht und fordert eine Beschränkung der Laufzeit für Kernkraftwerke (KKW) auf maximal 45 Jahre. Im folgenden Text finden Sie wichtige Argumente, welche gegen die Initiative gerichtet sind.

Martin Schmid, Ständerat GR

Im Unterschied zum Titel der Initiative handelt es sich hier nicht um einen geordneten, sondern um einen chaotischen und überhasteten Ausstieg. Bei einer Annahme durch das Volk und Stände müssten die KKW Beznau I und II und das KKW Mühleberg be-

reits 2017 vom Netz genommen werden. Das KKW Gösgen würde im Jahr 2024 und Leibstadt im Jahr 2029 abgeschaltet. Eine Antwort auf die Frage, wie bereits im Winter 2017 der anfallende Stromengpass von 15 Prozent und ab 2029 von rund 40 Prozent kompensiert werden sollen, bleiben uns die Initianten immer noch schul-



Martin Schmid

Abstimmung vom 27. November 2016

Nein zu
Kurzschluss-handlungen
beim Atomausstieg

Nein zur extremen
Ausstiegsinitiative

- **Nein** zur chaotischen Sofortabschaltung
- **Nein** zu weniger Versorgungssicherheit
- **Nein** zu mehr Kohlestrom und Auslandsabhängigkeit
- **Nein** zu Kosten in Milliardenhöhe

www.ausstiegsinitiative-nein.ch

dig. Ein geordneter Ausstieg sieht definitiv anders aus.

Wie herausfordernd eine Stilllegung eines Kernkraftwerkes ist, zeigt das Beispiel Mühleberg. Die BKW hat beschlossen, Mühleberg 2019 vorzeitig vom Netz zu nehmen. Die hochkomplexe Planung der Stilllegung wurde bereits 2013 in Angriff genommen, um sechs Jahre später das Ziel erreichen zu können. Die Stilllegung von drei Kraftwerken innerhalb eines Jahres bzw. bis 2017 kann nicht geordnet vollzogen werden.

National- und Ständerat sind deshalb der Auffassung, dass diese Volksinitiative eine Gefahr für die sichere Stromversorgung der Schweiz darstellt. Der überstürzte Ausstieg führt im Endeffekt zwingend zu mehr Import von Kohle- und Atomstrom aus dem benachbarten Ausland. Diese erhöhte Abhängigkeit vom «dreckigen Strom» widerspricht im Endeffekt dem Ziel der Initianten, die den Wech-

sel hin zu einer saubereren Energieversorgung der Schweiz anstreben. Auch wäre der massive Stromimport stark vom Bau zusätzlicher Kapazitäten für unsere Netzinfrastruktur abhängig. Die Erneuerung und der Ausbau der Stromnetze sind in so kurzer Frist schlicht nicht durchführbar.

Sollten zudem die KKW vorzeitig ausser Betrieb genommen werden, könnten die Betreiber Schadenersatz beantragen. Dies würde sehr hohe Kosten sowie endlose Rechtsverfahren verursachen. Letztlich wären es die Bürgerinnen und Bürger, welche die Kosten tragen müssten.

Mit der vom Parlament erarbeiteten Energiestrategie 2050 wird ein besserer Weg aufgezeigt. Damit werden ebenfalls keine neuen Kernkraftwerke gebaut, aber die bestehenden so lange weiterbetrieben, wie ihre Sicherheit gewährleistet ist. Aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen, ein Nein in die Urne zu legen.

Energiestrategie 2050

Für eine ausgewogene und nachhaltige Energiepolitik

Nach drei Jahren Beratung hat das Parlament in der Herbstsession das erste Massnahmenpaket zur Energiestrategie 2050 angenommen. Die Bilanz fällt aus Sicht der FDP zwiespältig aus: Für uns stellt sie lediglich eine Übergangslösung dar. Viel entscheidender ist der rasche Wechsel zu einem marktwirtschaftlichen Modell zur Gewährleistung unserer Versorgungssicherheit.

Peter Schilliger, Nationalrat LU

Das erste Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 wurde im September 2013 dem Parlament vorgelegt. Sie ist die Antwort des Bundesrates auf die Reaktorkatastrophe in Fukushima und enthält den Beschluss, schrittweise aus der Atomenergie auszusteigen. Ursprünglich wurde sie als indirekter Gegenvorschlag zur Initiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie» konzipiert. Diese Kopplung wurde jedoch im Laufe der Beratung der Energiestrategie aufgehoben. Somit wird das Stimmvolk am 27. November nur über die Volksinitiative abstimmen.

Die Energiestrategie 2050 will unabhängig von der Volksinitiative den Ausstieg aus der Atomenergie und somit den Umbau der schweizerischen Energieversorgung bis 2050 vollziehen. Dies soll mit Effizienzgewinnen, der Reduktion des Energieverbrauchs und dem Ausbau von erneuerbaren Technologien erreicht werden. Die FDP hat während der Beratung des Geschäftes einige wichtige Verbesserungen vornehmen können. Wir ziehen eine zwiespältige Bilanz.

Verbesserung der Vorlage

Als grösster Erfolg können wir die Befristung der Kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) zählen. Die KEV wird aus den Einnahmen des Netzzuschlags auf Strom finanziert. Das Subventionsmodell erhält mit der Befristung ein Ablaufdatum. Damit ist der Weg frei für neue Modelle, die anhand marktwirtschaftlicher Instrumente unsere Versorgungssicherheit mit den effizientesten Technologien gewährleisten können. Schmerzhaft



Peter Schilliger

bleibt hingegen die rasche Erhöhung des Netzzuschlags zugunsten der KEV. Das führt zu einer Mehrbelastung der Stromkonsumenten, jedoch nur über einen begrenzten Zeitraum. Als ebenfalls erfreulich erachte ich die Schaffung steuerlicher Anreize für die Erhöhung der Energieeffizienz bei privaten Immobilien: der Umbau hin zu einem effizienten Gebäudepark der Schweiz wird endlich attraktiv ge-

staltet. Auch als Erfolg kann die Umwandlung der sehr ambitionierten Zielwerte in Richtwerte gewertet werden. Damit ist man vom verpflichtenden Element der Ziele abgekommen und hat gleichzeitig den Richtwert für Ausbauziel im Bereich der erneuerbaren Energien (ohne die Wasserkraft) gesenkt und realitätsnäher festgelegt. Weiter bin ich sehr darüber erfreut, dass fixe Laufzeiten und

Langzeitbetriebskonzepte für Atomkraftwerke (AKW) aus der Vorlage gestrichen wurden. AKW sollen so lange betrieben werden, wie ihre Sicherheit gewährleistet werden kann. Diese Entpolitisierung ist erfreulich: Die Sicherheit von AKW soll von Experten des Eidgenössischen Sicherheitsinspektorats (ENSI) beurteilt und nicht von politischen Launen bestimmt werden.

Keine Kurzschlusslösungen

Die Energiestrategie 2050 ist zwar nicht perfekt, setzt aber die richtigen Akzente. Nur mit wohlüberlegten und pragmatischen Schritten erreichen wir ein Systemwechsel hin zu einem marktorientierten Modell. Darum unterstützt die FDP die Unterschriftensammlung für das lancierte Referendum nicht. Viel eher sollten wir unsere Kräfte gegen die viel gefährlichere Atomausstiegsinitiative, über welche wir am 27. November abstimmen, einsetzen. Diese fordert den radikalen Ausstieg aus der Atomenergie: Bei einer Annahme durch das Volk und Stände müssten 2017 bereits drei von fünf AKW (Beznau I und II, Mühleberg) vom Netz genommen werden. Wie die Schweiz jedoch schon im Winter 2017 15 Prozent und ab 2029 rund 40 Prozent ihrer Stromproduktion kompensieren soll, wird von den Initianten nicht erläutert. Ein solcher Atomausstieg kann nicht in geordneten Bahnen ablaufen. Die vom Parlament erarbeiteten Energiestrategie 2050 verbietet ebenfalls den Bau neuer Atomkraftwerke. Im Gegensatz dazu dürfen aber die bestehenden Werke weiterbetrieben werden, solange deren Sicherheit gewährleistet ist. So setzen wir die richtigen Akzente.

Mit spitzer Feder

«Die Literaturschaffenden können der Politik Anstösse geben»

François Loeb führte bis 2005 das von seinem Urgrossvater mitgegründete Berner Warenhaus Loeb. Von 1987 bis 1999 sass er für die FDP im Nationalrat, heute widmet er sich ganz seinem langjährigen Hobby, der Schriftstellerei.

Wir kennen den Unternehmer und Politiker François Loeb. Wer ist der Schriftsteller François Loeb?

Ein Spätberufener, der 76 Lebensjahre am Verdichten ist!

Wie sind Sie zum Schreiben gekommen?

Es war im beruflichen und politischen Druck in der Lebensmitte ein Ventil, das mir zugleich Befreiung und Gelassenheit schenkte und mich heute im bewegten Ruhestand weiter zur Zufriedenheit führt.

Wie kommen Sie auf die Ideen für Ihre Geschichten?

Ein plötzlicher Einfall, ein Gedankenblitz, eine Assoziation, aber auch auf meinen Bahnfahrten, bei denen ich wie ein Berufsfischer meine Netze, Gedankennetze, auslege und sie nicht an Land, sondern in meinen Kopf ziehe! Keine Plattitüde, denn es schreibt mir dann, ich schreibe nicht! Und wenn Passagierwechsel an Bahnhöfen geschehen, unterbricht oft der Schreibfluss, da das Gedankenfischernetz sich leert. Übrigens kenne ich den Fortgang einer Geschichte zu Beginn nicht, sitze im Kopfkino und bin auf den Fortgang und Schluss selbst unheimlich gespannt.

Sie haben während Ihrer aktiven Zeit als Unternehmer und Nationalrat unter dem Pseudonym Bruno A. Nauser geschrieben. Weshalb nicht unter Ihrem eigenen Namen? Ver-



François Loeb

tragen sich Unternehmertum und politisches Engagement nicht mit der Schriftstellerei?

Nein! Ich wollte einfach nicht stets auf mein Gedankenmeer angesprochen werden und nicht die Neidgenossenschaftsreaktion auslösen «muss der jetzt auch noch schreiben ...»

Im Vorwort zu Ihrem Buch «Parlamentsgeschichten», in dem viele ehemalige und aktuelle Parlamentsmitglieder zu Wort kommen, erklären Sie, dass Politik nicht langweilig oder abstossend sei, sondern «dass Menschen in Parlamenten sitzen, dass auch Humor und Lebensfreude

die Oberhand gewinnen». Ist das Image des Parlamentes so schlecht, dass es einer solchen Erklärung bedarf?

Na ja, das, was nach aussen gelangt, ist nicht der Parlamentsalltag, es sind Streit und Auseinandersetzung, die das Interesse wecken. Oder können Beobachter des Geschehens je über freundschaftliche Gesten über Parteigrenzen lesen oder sie gar im Fernsehen geniessen?

Sowohl Politiker als auch Schriftsteller arbeiten mit Wörtern und Sätzen. Beide leben auf ihre Art vom Geschichtenerzählen. Was unterscheidet diese beiden Berufsleute?

Eine gute philosophische Frage! Der Schriftsteller darf seine Fantasie frei walten lassen, muss sich nicht abstimmen, aber eine Poli-

itik, die aus Fantasiegebilden bestehen würde, führte uns in Abgründe, die ich nicht erleben wollte. Die Literaturschaffenden können jedoch mit ihren Gedankenbergen der Politik Anstösse geben. Auf Gefahren hinweisen. Menschenrechte und Freiheit hochhalten.

Sie sind erfolgreicher Unternehmer und Politiker. Wie wichtig ist es Ihnen, auch als Schriftsteller erfolgreich zu sein?

Nun, Freude bereitet mir, meine Gedanken zu teilen. Rückmeldungen meiner Leserschaft geben mir Auftrieb. Das ist für mich Erfolg! Zurzeit beziehen beinahe 500 Leserinnen und

Leser meine jeden Freitag erscheinende kostenlose Wochengeschichte per Mail (zu beziehen und jederzeit durch einfachen Klick abzubestellen: www.francois-loeb.com/kurzgeschichten/kurzgeschichte-beziehen/). Das ist mein Erfolg, den ich genieße, und natürlich auch Lesungen aus den zwölf bereits aus meiner Feder erschienenen oder als Herausgeber erschienenen Büchern, die ich auf Wunsch auch für FDP-Sektionen durchführe (www.francois-loeb.com/events/leseanfrage/), denn diese geben den von mir so geschätzten Kontakt zur Leserschaft.

Geben Sie uns einen Einblick in Ihr neuestes Schreibprojekt?

Im Winter dieses Jahres erscheint mein neues Buch «Tram Augenkittel für Pendler», für das ich in verschiedenen Städten tagelang Tram fuhr und als Ausgangspunkt meiner Fast-Read-Romane die Erlebnisse der Trampilotinnen und -piloten nehmen durfte. Ich hoffe, mit diesem neuen Band (wird auch als eBook erscheinen) neben Pendlern auch zahlreichen Beschenkten Freude bereiten zu dürfen.

Tram Augenkittel für Pendler

Was alles geschieht im und um das Tram? Welche Träume und Abenteuer der Passagiere verbinden sich mit ihm? Welche Kindheits-erinnerungen sind damit verwoben? Ein Geschichts- und Geschichtenbuch auf dem Servier-tablett bietet sich hier der Leserin, dem Leser an!

Das Buch erscheint im November 2016 im Samedia-Buchverlag, Chur/Glarus.

Altersvorsorge 2020

Generationenvertrag nicht überstrapazieren

Mit der Altersreform 2020, die der Nationalrat in der Herbstsession beraten hat, sollen unsere Sozialwerke auf eine solide finanzielle Basis gestellt und für die kommende Generation gesichert werden. Ein Ausbau der AHV ist dabei fehl am Platz – die Erhöhung der Renten um 70 Franken wurde richtigerweise aus der Vorlage gestrichen.

Regine Sauter, Nationalrätin ZH

Der Renteneintritt der Babyboom-Generation, tiefe Geburtenrate, sinkende Renditen und steigende Lebenserwartung – diese Entwicklungen machen eine Reform der Altersvorsorge dringlicher denn je. Unternehmen wir nichts, wird die AHV bereits 2030 ein Defizit von 7 Milliarden aufweisen. Durch die Angleichung des Rentenalters von Mann und Frau sowie einer massvollen Erhöhung der Mehrwertsteuer soll die AHV, und durch die Senkung des Umwandlungssatzes das Pensionskassensystem, bis 2030 stabilisiert werden. Gleichzeitig sind in der zweiten Säule diverse Ausgleichsmassnahmen vorgesehen, die den Erhalt des heutigen Rentenniveaus gewährleisten.

Gewissermassen als «Zückerchen» hatte der Ständerat zusätzlich eine Erhöhung der AHV-Renten für Neurentnerinnen und Neurentner um 70 Franken beschlossen – damit soll der Stimmbevölkerung die Reform schmackhaft gemacht werden. Dieses Vorhaben ist gleich aus mehreren Gründen völlig fehl am Platz und wurde denn auch richtigerweise vom Nationalrat in der vergangenen Herbstsession beseitigt: Zum einen sind sämtliche Massnahmen, welche das Sparziel bei der AHV gefährden, entschieden abzulehnen. Heute muss es darum gehen, die AHV zu sichern und nicht auszubauen. Die Erhöhung der Renten um 70 Franken hätte im Jahr 2030 Mehrkosten von 1,4 Milliarden Franken zur Folge, das Ausgleichsziel der AHV würde somit klar verfehlt.

Keine Giesskanne bei der AHV

Zum anderen greifen auch hier die Argumente, welche bereits gegen die AHVplus-Initiative gültig waren: Es



Regine Sauter

würde Geld mit der Giesskanne verteilt. Finanziell schlecht gestellte Rentnerinnen und Rentner würden nicht profitieren, weil sie durch die Erhöhung der Rente eine Einbusse bei den Ergänzungsleistungen erlitten.

Finanziell gut Situierte haben indessen den Zustupf nicht nötig. Der Generationenvertrag würde durch die zusätzliche Belastung der Erwerbstätigen weiter strapaziert, und die Umverteilung der Jungen zugunsten der Rent-

nerinnen und Rentner würde noch grösser. Die Linken begründen ihr Vorhaben damit, dass die ärmsten Senioren auf diese Weise für die Massnahmen, welche im Rahmen der Altersvorsorge 2020 gesamthaft getroffen werden, kompensiert werden sollen. Diese Überlegung greift jedoch zu kurz: AHV und berufliche Vorsorge dürfen nicht miteinander vermischt werden; jede Säule ist für sich selber zu sichern. Renteneinbussen innerhalb der zweiten Säule sind innerhalb dieser zu kompensieren, und dafür setzt sich die FDP auch ein. So hat unsere Fraktion im Rahmen der Debatte im Nationalrat einen eigenen Antrag eingereicht, der auch eine Mehrheit fand.

Dem Volk eine taugliche Reform präsentieren

Heute müssen Massnahmen beschlossen werden, welche die drängenden Probleme bei unseren Sozialversicherungen beseitigen und diese für die nächste Generation sichern. Mit ihrer Forderung belastet die Linke die Vorlage mit einer Hypothek: Sie sorgt für Mehrausgaben beim Bund, der die AHV mitfinanziert, und provoziert damit neue Sparpakete. Gleichzeitig schafft sie eine Zweiklassengesellschaft bei den Rentnerinnen und Rentnern: Neurentner, die die 70 Franken erhalten, und die bisherigen, die leer ausgehen. Wieso sollten jedoch diejenigen der Reform zustimmen, welche nicht von ihr profitieren würden, aber die Erhöhung der Mehrwertsteuer mittragen müssten?

Die Vorlage ist in einer Volksabstimmung nur mehrheitsfähig, wenn es gelingt, der Bevölkerung den Handlungsbedarf aufzuzeigen und sie davon zu überzeugen, dass der eingeschlagene Weg richtig ist. Für dieses Ziel setzen wir uns ein.

Altersvorsorge 2020

Notnagel zur Rettung unserer Sozialwerke

Viele Reformen unserer Sozialwerke haben Schiffbruch erlitten. Deshalb hat die FDP einen Interventionsmechanismus aufs Parkett gebracht, welcher die nachhaltige Sicherung unserer Sozialwerke sicherstellen soll. Der Nationalrat hat diesem Mechanismus zugestimmt – ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Bruno Pezzatti, Nationalrat ZG

Unsere Sozialwerke sind ein Standortvorteil. In anderen Ländern sind diese hoch verschuldet: Renten werden gekürzt und die Schwächsten für die Fehler der Politik bestraft. Die Schweiz darf die Fehler ihrer Nachbarn nicht wiederholen. Die AHV schreibt bereits jetzt massiv rote Zahlen: Seit 2015 übersteigen die Ausgaben die Einnahmen. Die Lage wird sich nicht verbessern, denn gemäss Bundesamt für Sozialversicherungen wird die AHV im Jahre 2020 ein Defizit von 770 Millionen Franken aufweisen, bis 2030 werden es sogar fast 7 Milliarden sein. Ungeachtet dessen will die Linke den Rentenausbau munter vorantreiben. Abstimmung wie AHV+ oder das bedingungslose Grundeinkommen versuchten, das System umzukrempeln, scheiterten aber vor dem Volk grandios: Sie waren eher an der Utopie anzusiedeln als bei der Realität. Eine echte Reform der AHV ist deshalb eine Notwendigkeit.

Reformen im sozialen Bereich erfolgreich durchzusetzen, wird zunehmend schwieriger; immer früher scheitern die Reformpakete: Während der erste Versuch einer 11. AHV-Revision (2004) und die Senkung des BVG-Umwandlungssatzes (2010) noch an Referenden scheiterten, erlitt 2010 der nächste Versuch einer 11. AHV-Revision bereits in der Schlussabstimmung Schiffbruch. Die Differenzen zwischen den Extremen sind mittlerweile so gross, dass die Revision 6b der Invalidenversicherung dieses Jahr bereits vor der Schlussabstimmung abgebrochen werden musste. Da die politischen Lager derart verkrustet sind, braucht die AHV eine Schuldenbremse, welche einen zentralen Pfeiler unserer Sozialwerke vor dem Kollaps



Bruno Pezzatti

bewahrt. Diese durch und durch freisinnige Idee wurde vom Nationalrat im Rahmen der Reform «Altersvorsorge 2020» aufgenommen und als separate Vorlage verabschiedet. So kann für spätere Reformen ein Sicherheitsnetz gespannt werden, ohne in der Volksabstimmung die laufende Reform zu gefährden.

Schuldenbremse für die AHV

Die Schuldenbremse soll dann zum Einsatz kommen, wenn politische Re-

formen scheitern und die finanzielle Sicherheit der AHV in Frage gestellt ist. Unterschreiten die AHV-Reserven einen bestimmten kritischen Wert, werden die Mehrwertsteuer zu Gunsten der AHV um 0,4 Prozent sowie das Rentenalter in Schritten von 4 Monaten pro Jahr um maximal zwei Jahre erhöht. So wird die Schuldenbremse weiterhin sicherstellen können, dass die vollen AHV-Renten ausbezahlt werden, sollte die AHV in Zukunft in eine Schieflage geraten. Die AHV-

Schuldenbremse ist fair, transparent und stellt sicher, dass das Rentenalter nicht auf Vorrat erhöht wird. Ausserdem soll die Schuldenbremse in der Verfassung verankert werden – so kann das Volk über diesen Notnagel für sichere Renten abstimmen. Gemäss heutiger Prognose würde – bei gescheiterten Reformen – der Automatismus frühestens im Jahr 2035 wirksam. Das Ziel der Schuldenbremse ist, nie aktiviert zu werden. Als «Damoklesschwert» soll die Schuldenbremse das Parlament motivieren, politische Reformen und Kompromisse zu finden, bevor der Automatismus greift.

Unverständlich ist und bleibt, wieso die SP diesen Interventionsmechanismus so vehement bekämpft. Einerseits behauptet sie, die Finanzen der AHV befänden sich im grünen Bereich, und will den Sozialausbau weiter vorantreiben. Andererseits prangert sie den Interventionsmechanismus an, der nur im Falle einer Verschlechterung der finanziellen Lage eingesetzt würde. Damit demaskiert sich die Linke. Diese Verantwortungslosigkeit ist aus liberaler Sicht schlicht unverständlich und nicht vereinbar mit unserem Anliegen, die Renten langfristig zu sichern.

Mit der Schuldenbremse beweist die FDP wieder einmal, dass sie verantwortungsbewusst handelt. Es liegt im Interesse aller, eine gesunde AHV zu haben. Schweizerinnen und Schweizer, die ein Leben lang hart gearbeitet und zur Finanzierung der AHV beigetragen haben, haben das Anrecht auf eine sichere Rente. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass der nächsten Generation ein finanzierbares System weitergegeben wird – und keine überzogene Kreditkarte.

Umsetzung Masseneinwanderungsinitiative

Verfassungskonforme FDP-Lösung verhindert Rahmenabkommen

Die Masseneinwanderungsinitiative (MEI) verlangt eine selbständige Steuerung der Einwanderung. Geltende völkerrechtliche Verträge sollen innert dreier Jahren neu verhandelt werden. Für die FDP kommen Höchstgrenzen und Kontingente aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht in Frage. Der Nationalrat ist ihr dabei gefolgt.

Kurt Fluri, Nationalrat SO

Der Entscheid des Nationalrats vom 21. September 2016 hat hohe Wellen geschlagen. Am Ende der Debatte, die bis in die Nachtstunden dauerte, hat sich das Konzept der FDP durchgesetzt. So sollen für eine Berufsgruppe, eine Branche und/oder eine bestimmte Region, welche von einer überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit betroffen ist, zeitlich befristet inländische Arbeitskräfte bei der Stellenvergabe bevorzugt werden. Dieser Inländervorrang kann ohne Höchstzahlen angewendet werden und steuert die Zuwanderung indirekt über arbeitsmarktliche Massnahmen. Ein vom Arbeitgeberverband und der Volkswirtschaftsdirektion Zürich vorgestelltes Modell geht davon aus, dass damit zwischen 5000 und 11 000 ausländische Zuwanderer durch inländische Arbeitskräfte substituiert werden können. Das wären immerhin 10 bis 20 Prozent der für dieses Jahr erwarteten Nettozuwanderung von rund 50 000 Personen! Die SVP behauptet zwar, dies sei ein Nichts, hat es aber bisher versäumt, ein konkretes Umsetzungskonzept ihrer Initiative vorzustellen. Weder hat sie jemals konkrete Höchstzahlen genannt noch eine mögliche Relation der noch akzeptierten Einwanderung zu einer bestimmten volkswirtschaftlichen Grösse vorgeschlagen. Probleme zu bewirtschaften ist eben einfacher, als Lösungen vorzuschlagen.

Die Verfassung beinhaltet mehr als nur Art. 121a

Die Übergangsbestimmungen der MEI verlangen eine Neuverhandlung der völkerrechtlichen Verträge innert



Kurt Fluri

drei Jahren, d.h. bis am 9. Februar 2017. Gemeint ist natürlich das Freizügigkeitsabkommen (FZA) zwischen der Schweiz und der EU. Dieses, sowie seine Ausdehnung auf die jeweils neuen EU-Länder und auch die übrigen bilateralen Verträge, sind insgesamt sechsmal vom Schweizer Volk genehmigt worden und somit ebenso demokratisch legitimiert wie die MEI. Das Konformitätsabkommen, das Beschaffungsabkommen, das Land- und Luftverkehrsabkommen sind Beispiele weiterer bilateralen Abkommen, die für unsere Wirtschaft von grösster Bedeutung sind und keinesfalls ge-

fährdet werden dürfen. Diese Haltung entspricht durchwegs den uns zugekommenen Reaktionen von Arbeitgeber-Branchenverbänden und vielen Unternehmern.

Unklare Initiative ermöglicht verfassungskonforme Umsetzung

Dass eine fristgemässe Neuverhandlung des FZA nicht möglich ist, hat sich schon bald abgezeichnet. Nach dem Brexit-Entscheid und in Anbetracht absehbarer interner Diskussionen um die Personenfreizügigkeit wird die EU sicher nicht einem Nichtmitglied Konzessionen eingestehen. Et-

was anderes zu erwarten, wäre geradezu naiv, und bekanntlich brauchen Verhandlungen immer zwei Verhandlungswillige. Nun äussert sich die MEI aber nicht zu den Konsequenzen einer verpassten Frist. Ist das FZA zu kündigen, was qua Guillotine-Klausel die automatische Ausserkraftsetzung der übrigen bilateralen Verträge des ersten Paketes zur Folge hätte? Oder soll die MEI einseitig umgesetzt, damit eine Verletzung des FZA in Kauf genommen und die Reaktion der EU abgewartet werden? Beide Möglichkeiten waren für die FDP aus rechtsstaatlichen (pacta servanda sunt) und volkswirtschaftlichen Gründen keine Option. Deshalb hat sie sich für die pragmatische, wirtschaftsfreundliche Lösung entschieden. Wer diese noch «verschärfen» will, muss zwei Leitplanken im Auge behalten, nämlich die Bewahrung der Bilateralen sowie die wirtschaftsfreundliche Ausgestaltung.

Die damit entstehende Diskrepanz zu Art. 121a BV ist erstens eine Folge der unklaren Initiative und kann zweitens mit einem Gegenvorschlag zur «Rasa»-Initiative behoben werden, bspw. mit einer Relativierung der MEI durch das Erfordernis der Berücksichtigung internationaler Verträge – eine Selbstverständlichkeit unter zivilisierten Staaten!

Mit der Wahrung der FZA-Konformität befreit sich die Schweiz zudem von der seitens der EU gewünschten Koppelung mit einem institutionellen Rahmenabkommen. Und als weiterer Vorteil wird mit dem Entscheid des Nationalrates das Kroatien-Abkommen ratifizierbar und damit eine Teilnahme der Schweiz am Entwicklungs- und Forschungsprogramm Horizon 2020 ermöglicht.

Einwanderungspolitik

Unsere liberalen Errungenschaften sichern

Die Steuerung der Einwanderung und die Migrationsdebatte im Allgemeinen bewegen die Menschen in der Schweiz. FDP. Die Liberalen nimmt die Bedenken der Bürgerinnen und Bürger ernst und offeriert Lösungen mit einer harten, aber fairen Migrationspolitik.

Der 12. September 1848 ist die Geburtsstunde der modernen Schweiz: Es ist der Tag, an dem die erste Bundesverfassung in Kraft trat. Die FDP als treibende liberale Kraft hat die Entwicklung der modernen Schweiz von Anfang an mitgeformt. Wir leben heute in einer liberalen Gesellschaft, welche die Grundrechte der Menschen garantiert. Eine liberale Marktwirtschaft mit einer offenen Aussenhandelspolitik hat uns grossen Wohlstand verschafft. Dank funktionierendem Rechtsstaat sind wir vor staatlicher Willkür geschützt. Es sind diese grundlegenden liberalen Errungenschaften, welche die Schweiz von heute ausmachen und welche die FDP seit mehr als 160 Jahren mitgestaltet.

Die FDP will, dass diese liberalen Errungenschaften bestehen bleiben. Genauso wollen wir eine fortschrittliche Politik betreiben, die auch Raum für Veränderungen lässt. Die Schweiz ist ein Migrationsland. Wer aber zu uns kommt und hier leben will, hat unsere Verfassung, die Gesetze und die schweizerischen Gepflogenheiten zu respektieren. Wer sich nicht daran hält, riskiert, dass ihm die Aufenthaltsbewilligung entzogen wird. Integration ist immer eine Bringschuld. Wer zu uns kommt, muss sich aktiv darum bemühen, unsere Werte, unsere Gepflogenheiten und unsere Umgangsformen zu lernen und einzuhalten. Unsere Gesellschaft muss den Anspruch stellen, dass dieser Effort auch geleistet wird.

Harte, aber faire Migrationspolitik

Die FDP vertritt eine harte, aber faire Migrationspolitik. Während der Herbstsession hat der Nationalrat das revidierte Ausländergesetz (Integrationsmassnahmen) angenommen, welches mehrere Forderungen der FDP beinhaltet. Neu sollen nur gut integrierte Ausländer eine Niederlassungs-



Petra Gössi

bewilligung erhalten. Ebenfalls ist es nun möglich, eine solche Bewilligung wieder zu entziehen, wenn die Inhaberin oder der Inhaber schlecht integriert ist oder während längerer Zeit Sozialgelder bezieht. Die Vorlage sieht zudem strengere Regeln beim Familiennachzug vor. Letzterer ist nur möglich, wenn eine genug grosse

Wohnung vorhanden ist und die Familie ohne Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen leben kann. So kann die Einwanderung in unser Sozialsystem verhindert werden. Weiter soll die Erteilung und Verlängerung von Aufenthaltsbewilligungen für Personen aus Nicht-EU/EFTA-Staaten an den Abschluss von Integrationsvereinbarun-

gen geknüpft sein. Integrationsunwilligen muss das Gastrecht wieder entzogen oder nicht verlängert werden.

Zuwanderung eigenständig steuern

Ebenfalls in der Herbstsession beschloss der Nationalrat, dem Vorschlag seiner Kommission betreffend die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) zu folgen. Der Beschluss ist in mehrfacher Hinsicht erfreulich. Erstens bremst der von der FDP vorgeschlagene Inländervorrang die Nachfragen nach ausländischen Arbeitskräften und damit die Zuwanderung. Und zweitens werden damit die Bilateralen nicht gefährdet. Der Inländervorrang trägt dem vom Stimmvolk sechsmal bestätigten bilateralen Weg Rechnung. Seit mehr als zehn Jahren trägt dieser dazu bei, unserer Wirtschaft gleichberechtigten Zugang zu den wichtigsten Märkten zu schaffen und damit Arbeitsplätze zu sichern.

Im Nationalrat ging es in einem ersten Schritt darum, Mehrheiten für eine Umsetzungslösung der MEI zu schaffen: Hätte die Vorlage schon im Anfangsstadium Schiffbruch erlitten, stünden wir nun vor einem Scherbenhaufen. Nun geht die Arbeit weiter: Es liegt jetzt an der staatspolitischen Kommission des Ständerats und anschliessend am Rat selber, die Vorlage griffiger zu gestalten. Auch im Ständerat spielt die FDP eine tragende Rolle. Sie hat den Antrag eingebracht, die oben beschriebenen Integrationsmassnahmen mit der Umsetzung der MEI zu verknüpfen. Diese Verbindung ist sinnvoll, tragen doch die Verschärfungen beim Familiennachzug und bei der Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen massgeblich zur Eindämmung der Zuwanderung bei.

**Ihre Petra Gössi,
Präsidentin FDP. Die Liberalen**

Umsetzung Pariser Klimaabkommen

Liberaler Ansätze für eine sinnvolle Klimapolitik

Das Pariser Klimaabkommen ist ein Meilenstein in der globalen Klimapolitik: Endlich haben sich die Länder mit dem weltweit grössten CO₂-Ausstoss verpflichtet, ihre Klimapolitik zu verbessern. Auch die Schweiz, welche ja schon bei den Kyoto-Zielen erfolgreich war, hat das Abkommen unterzeichnet. Nun liegt es am Parlament, dieses zu ratifizieren. Die FDP will die ambitionierten Ziele durch flexible, marktnahe und international verknüpfte Lösungen erreichen.

Christian Wasserfallen,
Vize-Präsident FDP, Die Liberalen
und Nationalrat BE

Um das übergreifende Ziel des Pariser Klimaabkommens zu erreichen, hat sich jedes Land dazu verpflichtet, nationale Reduktionsziele festzulegen. Die Schweiz will mit der Ratifikation des Vertrages einen Beitrag zur internationalen Klimapolitik leisten, auch wenn wir global nur ca. 0,1 Prozent des gesamten CO₂-Ausstosses verursachen. Aus diesem Anlass hat der Bundesrat drei Vorlagen gleichzeitig in die Vernehmlassung geschickt. Neben der Ratifikation betrifft dies die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens durch die Anpassung des CO₂-Gesetzes. Die Schweiz hat sich dazu verpflichtet, bis 2030 die Treibhausgasemissionen um mindestens 50 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Darüber hinaus sieht der Bundesrat vor, dieses ambitionierte Ziel mit einer Reduktion zu 30 Prozent im Inland und zu 20 Prozent im Ausland zu erreichen. Zur Erreichung dieser Ziele sind diverse Massnahmen vorgesehen wie z. B. die Erhöhung der CO₂-Abgabe, ein mögliches Verbot von fossilen Heizsystemen oder die Weiterentwicklung der Abgabebefreiung.

Liberaler Lösungen statt starre Ansätze

Die FDP unterstützt das übergeordnete Ziel des Bundesrats, ist aber gegenüber den vorgeschlagenen Massnahmen kritisch eingestellt. So bekennen wir uns zum Reduktionsziel von 50 Prozent bis 2030, wollen aber keine fixen inländischen oder ausländischen



Christian Wasserfallen

Quoten im CO₂-Gesetz verankern. Vielmehr soll ein möglichst günstiges System zum Tragen kommen, welches mit flexiblen Zielwerten und Massnahmen ausgestaltet ist. Diese Forderungen haben wir bereits in der abgelaufenen Herbstsession durch die Motion «Zukunft der Energie- und Klimapolitik. Flexibilisierung der neuen CO₂-Gesetzgebung» eingereicht. Da-

rin fordern wir u. a. eine flexible Dauer bei Zielvereinbarungen und flexible Zwischenziele. Auch ist von einem Swiss Finish bei der Definition von CO₂-Grenzwerten abzusehen: Dadurch engen wir den notwendigen Handlungsspielraum nur unnötig ein. Vielmehr müssen wir uns an europäischen Zielsetzungen orientieren. Um Treibhausgasemissionen möglichst

effizient einzudämmen, fordern wir die deutliche Ausdehnung des Emissionshandels auf die internationale Ebene. Ein erster Schritt ist die Verknüpfung der Emissionshandelssysteme zwischen der Schweiz und Europa.

Für eine wirtschaftsfreundliche Klimapolitik

Wir wollen die künftige Klimapolitik so ausgestalten, dass eine Reduktion der Treibhausgase mit wirtschaftlich tragbaren Massnahmen erreicht wird. Neben den bereits genannten Massnahmen muss vor allem sichergestellt werden, dass die funktionierenden Zielvereinbarungssysteme zur Steigerung der Energieeffizienz und Senkung des CO₂-Ausstosses (Energieagentur der Wirtschaft) auf alle Unternehmen ausgeweitet werden. Damit verpflichten sich Unternehmen, ihre Ziele zu erreichen, aber mit den für sie effizientesten Massnahmen. Weiter soll die bestehende CO₂-Abgabe wieder vollständig zu einer echten, fiskalneutralen Lenkungsabgabe umgewandelt werden. Zurzeit wird nämlich ein Drittel der Einnahmen aus der Abgabe zweckentfremdet. Diese Teilzweckbindung muss abgeschafft werden, damit die richtigen ökonomischen Anreize einer Lenkungsabgabe funktionieren können.

Nur mit Massnahmen, welche marktnah und flexibel sind und die richtigen Anreize setzen, können wir eine wirtschaftsverträgliche Reduktion der Treibhausgase bewirken und gleichzeitig die Zielvorgaben des Pariser Klimaabkommens erreichen. Starre Quoten und Eingriffe des Bundes bremsen die Wirtschaftlichkeit und Innovationskraft der Unternehmen.

Beseitigung von Handelshemmnissen bringt der Schweiz tiefere Preise

Von Hochpreisinseln und Hochlohnländern

Eine liberale Marktwirtschaft ist das Fundament einer prosperierenden Wirtschaft. Handelshemmnisse aber blockieren den notwendigen Wettbewerb unter Produzenten und treiben so die Preise für Konsumenten in die Höhe. Die FDP will dem Einhalt gebieten.

Ruedi Noser, Ständerat ZH

Die Schweiz wird oft als Hochpreisinsel verschrien: Konsumenten zahlen für Produkte erheblich mehr als im Ausland. Zum einen ist der markante Unterschied aber mit höheren Löhnen erklärbar. Andererseits treiben Schweizer Handelshemmnisse die Preise beim Import in die Höhe. Durch diese Handelsbarrieren wird die Schweiz abgeschottet und der Einkaufstourismus befeuert. Statt im Ausland Preisdiktate vorschreiben zu wollen, sollten wir besser die Schweizer Sondervorschriften und Zollbürokratie abschaffen.

Nicht nur Hochpreisinsel, sondern auch Hochlohnland

Die Gründe für höhere Kosten in der Schweiz liegen für viele Produkte in den höheren Fixkosten für Produzenten und Verkäufer. Führen wir uns vor Augen, dass die Preise in Deutschland nur zu deutschen Löhnen möglich sind. Ein Zürcher arbeitet durchschnittlich 20,6 Stunden, um sich ein iPhone 6 kaufen zu können, und fünf Minuten für ein Kilo Brot. Im Vergleich dazu arbeitet ein Frankfurter 41,6 Stunden für ein iPhone und zehn Minuten für ein Kilo Brot (UBS-Studie «Prices & Earnings»).

Wir zahlen daher gemessen an unserem Lohnniveau für viele Produkte nicht mehr als ein Deutscher, sondern sogar weniger. Viele Schweizer wollen zwar tiefere Preise, aber dafür sicherlich nicht tiefere Löhne in Kauf nehmen.

Mit der Fair-Preis-Initiative haben sich verschiedene Interessenvertreter der hohen Importpreise angenommen. Doch die Rezepte, welche die Initiative vorsieht, sind nicht tauglich. Missbräuchliche Preissetzungen durch marktbeherrschende Unternehmen können wir bereits heute über die



Ruedi Noser

Wettbewerbskommission ahnden. Darüber hinaus kann die Schweiz die Preispolitik im Ausland nicht beeinflussen. Ein Problem der erhöhten Importpreise, welches die Schweiz beheben muss, liegt für mich vielmehr bei den Schweizer Handelshemmnissen: Dort gilt es, griffige Massnahmen anzusetzen.

Handelshemmnisse abbauen!

Für viele importierte Produkte zahlen wir in der Schweiz mehr als das Doppelte, weil die Schweizer Vorschriften den Import verteuern. Die FDP hat sich in der Vergangenheit über mehrere Vorstösse für den Abbau technischer Handelshemmnisse starkgemacht. Wir haben in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben mehrere Kommissionsvorstösse eingereicht, die diesen Weg einschlagen.

So sollen beispielsweise Parallelimporte erleichtert werden, indem für bereits in der EU eingeführte Waren am Schweizer Zoll nebst dem Ursprungszeugnis z.B. auch die Verkaufsrechnung als Ursprungsnachweis anerkannt werden. Daneben werden eine Kostenreduktion dank elektronischer Zollverfahren, die Abschaffung der vorgängigen Meldung zum Zollübertritt und eine vereinfachte Erhebung der Mehrwertsteuer beim Import angestrebt.

Darüber hinaus müssen wir uns aber die Frage stellen, ob wir für tiefere Preise bereit sind, auf schweizerische Produktdeklarationen, Produktprüfungen und Ausnahmen vom Cassis-de-Dijon-Prinzip zu verzichten.

Statt mit der Fair-Preis-Initiative vorzugaukeln, dass das Problem der hohen Preise in der Schweiz im Ausland liegt, sollten wir vor unserer eigenen Haustür kehren und die Abschottung des Schweizer Marktes durch Sondervorschriften aktiv bekämpfen.

Die internationale Zusammenarbeit der Schweiz

Politik im Dienste der Menschen

«Im Dienste der Menschen»: An diesem Ziel müssen sich die politische Gestaltung und die politischen Entscheidungen messen lassen. Deshalb setzte die Schweiz ihren Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) 2014 unter das Leitthema «eine Sicherheitsgemeinschaft im Dienste der Menschen schaffen». Dass sich Politik nur dort bewährt, wo sie die Situation und die Perspektiven der Menschen tatsächlich verbessern kann, gilt über die Sicherheits- und Friedenspolitik hinaus auch für alle weiteren Politikbereiche.

So richtet sich die schweizerische Aussenpolitik an den Interessen unseres Landes aus – sie handelt im Dienste der Schweizer Bevölkerung. Die Wahrung unserer grundlegenden Interessen – Unabhängigkeit, Sicherheit und Wohlfahrt des Landes – gibt uns die Bundesverfassung vor, ebenso die Förderung unserer Werte, namentlich die Linderung von Not und Armut in der Welt, die Achtung der Menschenrechte, die Förderung der Demokratie, das friedliche Zusammenleben der Völker sowie die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Entsprechend ist «im Dienste der Menschen» auch bei der Internationalen Zusammenarbeit zentral. Dank der Unterstützung der Schweizerinnen und Schweizer kann unser Land konkrete Hilfe leisten, um die Situation der Menschen in Not zu erleichtern. So hat die Schweiz den humanitären Organisationen in Syrien Ambulanzfahrzeuge zur Verfügung gestellt. Und sie hat in Libanon und Jordanien Schulen renoviert, in denen gegen 100 000 Kinder zur Schule gehen. Hier wird besonders deutlich, was es heisst, Perspektiven zu schaffen: Nimmt man eine Schulklasse im Konfliktgebiet als Beispiel, haben von 20 Kindern zwei wegen des Krieges ihr Leben verloren, acht mussten fliehen und 16 sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, um Essen zu erhalten. Sich zu engagieren bedeutet, den Menschen vor Ort Perspektiven zu verschaffen – und darüber hinaus auch den Druck zur Migration oder das Risiko einer Abwerbung durch extremistische Gruppen zu vermindern.



Im Dialog: Wer die Situation anderer Menschen versteht, kann wirksam reagieren.

Ein solches Engagement muss langfristig angelegt sein, damit es nachhaltig wirkt. Doch dann kann es auch in Notsituationen helfen. So konnten sich in Haiti nach dem Sturm «Matthew» viele Menschen in Sicher-



Perspektiven schaffen: Bundesrat Didier Burkhalter spricht mit Schulkindern in Jordanien.

heit bringen – in Schulhäusern, die mit Schweizer Hilfe errichtet worden waren. Fest gebaut als Grundlage für die Ausbildung der Kinder, nutzten diese Häuser den Menschen auch im Sturm!

Die Schweiz ist gut aufgestellt, um Menschen in schwierigen Situationen helfen zu können. Sie verfügt über Expertise in vielen Bereichen – vom Wassermanagement bis zur Katastrophenprävention – und kann ihre Unterstützung mit hoher Glaubwürdigkeit leisten. In der Ukraine etwa ist die Schweiz bislang das einzige Land, das humanitäre Transporte auf beiden Seiten der Kontaktlinie durchführen kann. Fünf solcher Transporte – per Lastwagen oder mit dem Zug – hat die Schweiz in den letzten Monaten organisiert. Der letzte Zugtransport im September 2016 führte 3500 Tonnen Sand in die Region Donbass, um dort Wasser filtern zu können. Dadurch können rund vier Millionen Menschen während ungefähr eines Jahres mit sauberem Trinkwasser versorgt werden. Eine Hilfe, die auch ein Beitrag zu mehr Stabilität und Sicherheit in Europa ist – und damit im direkten Interesse der Schweiz liegt.

Das Schweizer Kreuz auf den Lastwagen und Zügen der Hilfstransporte in der Ukraine steht deshalb dafür, dass die Schweiz ihre Hilfe unparteilich leistet. Und es symbolisiert auch, dass die Schweiz ihre Hilfe dort leistet, wo sie nötig ist – im Dienste der Menschen.

**Ihr Didier Burkhalter,
Bundesrat**

Investitionen in die Zukunft

Jungfreisinn goes for diversity

Das erste Wochenende im Oktober hat der Vorstand der Jungfreisinnigen Schweiz für eine Retraite in Interlaken genutzt. Nach über einem halben Jahr in neuer Zusammensetzung war es an der Zeit, eine erste Bestandsaufnahme über die geleistete und die bevorstehende Arbeit zu machen. Die normativen Analysen bildeten den Grundstein für die Diskussionen. Anschliessend konnten strategische Massnahmen zur Weiterentwicklung der Jungpartei besprochen werden. Einen weiteren wichtigen Bestandteil stellte das Gastreferat von Esther-Mirjam de Boer dar, in welchem das Thema «Diversity» aufgegriffen wurde.

Andri Silberschmidt,
Präsident Jungfreisinnige, und
Maja Freiermuth, General-
sekretärin Jungfreisinnige

Im März 2016 wurde der neue Vorstand der Jungfreisinnigen Schweiz gewählt. Seither konnte viel erreicht und bewegt werden, wie zum Beispiel die erfolgreiche Jugendkampagne gegen die AHVplus-Initiative. Es galt also, diese Erfolge zu analysieren und den Verein für die Zukunft zu wappnen. Insbesondere Motto, Vision und Mission wurden sorgfältig überprüft und angepasst. Finanzpläne wurden verabschiedet und Investitionen getätigt. «Wir sind die Generation Freiheit, die Vielfalt verlangt, Offenheit lebt und Fortschritt anstrebt», lautet unser Credo. Mit 3500 Mitgliedern können wir auf eine solide Basis zählen. Unsere Vertretungen im eidgenössischen Parlament, in der kantonalen Legislative wie auch unzählige kommunale Amtsträgerinnen und Amtsträger zeigen, dass wir nicht nur Probleme ansprechen, sondern auch Verantwortung für die Umsetzung der Lösungen übernehmen wollen. 25 engagierte Kantonalparteien gehen jeweils vor Abstimmungen mit kreativen Ideen auf die Strasse und setzen sich mit Nachdruck für unsere liberalen Werte ein. Dem Vorstand ist es ein Anliegen, dieses ehrenamtliche Engagement so gut wie möglich zu multiplizieren.

Wir arbeiten an ...

Neben der politischen Arbeit fokussieren wir uns stark auf die Weiterentwicklung der Partei. So streben wir mit der Gründung neuer «Jungfreisinnigen



Maja Freiermuth

Communities» den Austausch mit unseren Mitgliedern an, um den Zusammenhalt über die Kantonsgrenzen hinweg zu fördern. Jungfreisinnige mit gemeinsamen Interessen sollen so zusammenfinden, um Ideen für die Zukunft zu entwickeln. Ergänzend dazu soll an einem jährlich stattfindenden Camp das liberale Feuer jeweils neu entfacht werden. Dank dem Ausbau des Generalsekretariats von heute 60 auf mind. 160 Stellenprozent, der Erneuerung des Webauftrittes und Investitionen in neue Kampagnentools wird es möglich sein, zukünftige Kampagnen und politische Aktionen weitaus professioneller angehen zu können.

Überraschungsthema: Diversity

Als Überraschungsgast wurde Esther-Mirjam de Boer, Inhaberin und CEO von GetDiversity, eingeladen. Sie hat



Andri Silberschmidt

sich auf Diversity in Managements spezialisiert. Dabei umfasst Diversity neben Gender auch andere Ausprägungen, wie etwa sich unterscheidende Typen von Persönlichkeiten. Dem von Männern dominierten Vorstand ist es ein Anliegen, sich aktiv diesem Thema zu widmen. Interaktiv wurde versucht, die Rollen zu vertauschen und als «Frau» vor eine Gruppe Männer zu treten. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Diversity im Vorstand ein Thema sein soll – dies war nach dem Nachmittag voller Experimente und Selbsterkenntnis für alle klar. Dass dies nicht unbedingt nur mit der Frauenanzahl zusammenhängen soll, sondern auch mit der Konstellation von Charakteren und Teammechanismen, war eine interessante Erkenntnis. Frau de Boer riet von einer festen Quote ab und erarbeitete mit dem Vorstand

andere Lösungsansätze. Einerseits soll das Bewusstsein für das Thema Diversity geweckt werden, andererseits ist es aber auch wichtig, aktive Massnahmen zu treffen. Der Vorstand wird sich in den nächsten Monaten mit diesen Themen auseinandersetzen, um den aktuellen Zustand zu optimieren.

Politik ist sehr schnelllebig. Es besteht die Gefahr, von den Tagesaktualitäten vollständig absorbiert zu werden. Aus diesem Grund ist es von grösster Wichtigkeit, in regelmässigen Abständen bewusst innezuhalten und den Blick vom operativen Tagesgeschäft weg auf die strategische und normative Ebene zu richten. Nachdem die normativen und strategischen Weichen gestellt sind, gilt es nun, sich weiterhin mit viel Herzblut und persönlichem Engagement für eine liberale Schweiz einzusetzen.

Freude wächst, wenn man sie teilt.

Im besten Mobilfunknetz der Schweiz.

Willkommen im Land der Möglichkeiten.




swisscom

connect
TESTSIEGER
Swisscom
Mobilfunknetztest Heft 1/2016
www.connect.de/specials/netztest